:antifaschistische nachrichten

Nr. 26

g 3336 18.12.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Neuwahlen in Hamburg

HAMBURG. Mit der Ankündigung, die Koalition zu beenden, gesteht Bürgermeister Ole von Beust ein, dass er der Geister, die er rief, nicht mehr Herr wird. CDU und FDP haben die Schill-Partei und ihren Namensgeber regierungsfähig gemacht. Sie haben die Rechtspopulisten benötigt für eine Politik der hemmungslosen Privatisierung, der Zertrümmerung vieler Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und des sozialen Hilfesystems, des Bildungsabbaus, der Ausgrenzung und Angriffe auf die kulturelle Vielfalt in dieser Stadt. Auch nach der Entlassung von Schill ist Bürgermeister von Beust das Risiko der Koalition mit der Schill-Partei weiter eingegangen, um nur ja den Haushalt der rigiden Streichungen und die Verschleuderung des Landesbetriebs Krankenhäuser über die Bühne zu ziehen. Sein Kalkül ist an der Unberechenbarkeit der Rechtspopulisten zerplatzt.

Die Landessprecherin der PDS Hamburg, Christiane Schneider, erklärte dazu: „Die Rechtskoalition ist gescheitert, aber ihre Politik leider noch lange nicht. Kein einziges Vorhaben, keine Streichung, keine Schließung ist zurückgenommen, der Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser wird weiter betrieben. Hamburg braucht, das haben die letzten Monate schmerzhaft deutlich gemacht, eine linke Opposition in der Bürgerschaft. SPD und Grüne haben wenig Alternativen zu bieten. Die PDS Hamburg wird sich nach ihren Kräften dafür einsetzen, dass Alternativen, die sich am Leitbild einer solidarischen und sozialen Stadt orientieren, in der nächsten Bürgerschaft vertreten werden. Wir sind sicher, dass sich die vielfältige Linke in dieser Stadt in diesem Sinne auf eine Kandidatur verständigen kann.“

Pressemitteilung PDS Hamburg ■

Aus dem Inhalt:

Die erste Ausgabe der AN in 2004 erscheint am 15. Jan.

Hamburgs Rechtskoalition nun doch gescheitert

Die Iden des März der Schill-Partei fallen in den Dezember…

Der Konflikt innerhalb der Schill-Partei eskaliert, und die Ereignisse überschlagen sich. Deshalb ist auch dieser Artikel bei Erscheinen wahrscheinlich wieder überholt. Trotzdem soll die Entwicklung hier festgehalten werden.

Begonnen hatte alles aus Sicht der Hamburger Regierungskoalition recht vielversprechend. Auf dem Landesparteitag im Café Seeterrassen am 29.11. hatte Ronald Schill auf die in den Medien freudig erwartete Abrechnung mit einigen Parteifreunden verzichtet. Das Ergebnis der Vorstandswahlen ließ den Willen zu einem Kompromiss zwischen den Parteiflügeln erkennen: Einerseits wurde Schill als Landesvorsitzender mit 73,5% der Delegiertenstimmen bestätigt, andererseits gelang es ihm nicht, eine Vorstandsmehrheit zu bekommen. Im Gegenteil, etliche seiner Favoriten wurden nicht gewählt (Katrin Freund, Bodo Adolphi, Marlies Koslowski). Als explizite Schillianer im Vorstand gelten Wolfgang Barth-Völkel und Burschenschafter Christian Brandes. Mehr dem Mettbach/Nockemann-Flügel zugeneigt sind Vorstandsvize und Fraktionsvorsitzender Norbert Frühauf, Gunnar Butenschön, Gerd Hardenberg und Reinhold Schaube, der als Hamburger Datenschutzbeauftragter im Gespräch ist.



Doch schon kurz nach diesem Erfolg des Mettbach-Flügels – dem es in erster Linie um den Erhalt der Hamburger Rechtskoalition und damit seiner Posten geht – trat Schill mit Störattacken an die Öffentlichkeit. Selbstgerecht, eitel und Aufmerksamkeit erheischend, wie er nun mal ist, kann er es nicht verwinden, ins zweite Glied treten zu sollen und zum bundesweiten Parteiaufbau abkommandiert worden zu sein. Seine Angriffe galten von Beust, der sich bei ihm entschuldigen solle, und Innensenator Nockemann, der auf ihn als „seinem Vorsitzenden“ zu hören habe. In der Sache legte er der Koalition Hürden in den Weg, so seine Ankündigung an Koalitionsausschüssen teilnehmen zu wollen, obwohl der Bürgermeister erklärt hatte, sich nicht mehr mit ihm an einen Tisch zu setzen, oder seine kategorische Ablehnung des für die Schulbehörde vorgesehenen Staatsrats Behlmer, weil der „Sozi“ ist.

CDU und FDP fürchteten Neuwahlen so sehr, dass sie auf Schills demütigende Forderungen eingingen. Inzwischen gibt es einen anderen Staatsrat, und der Koalitionsausschuss tage zunächst nicht. Aber dem Mettbach-Flügel ist dabei deutlich geworden (oder die CDU hat es ihm klargemacht), dass mit diesem Schill die Koalition ihre längste Zeit hinter sich hat. Da Schill nicht kalkulier- und einbeziehbar ist, musste ihm seine innerparteiliche Machtbasis entzogen werden. Die Bundesvorstandsmehrheit um Brutus Mettbach beschloss deshalb, Schill am Nikolaustag – nur eine Woche nach seiner Wahl auf dem Landesparteitag – seines Amts zu entheben. 7 zu 2 ging der Kampf des Strippenziehers gegen den Wählerfänger überraschend deutlich aus, bedenkt man, dass der Verzicht auf den Parteigründer für die Partei mindestens außerhalb Hamburgs der Todesstoß sein dürfte.

Fortsetzung Seite 3

Winterlager in der Rhön

RHÖN. „Der Freibund e.V." führt vom 27. Dezember bis 3. Januar sein Bundeswinterlager in der hessischen Rhön durch. Das Treffen findet in einem Wintersportgebiet statt und bietet älteren „Freibund"-Mitgliedern ein gesondertes Programm an. Seine Wurzeln hat „Der Freibund" im 1958 gegründeten neofaschistischen „Bund heimattreuer Jugend" (BHJ), der eng mit der NPD, der „Wiking-Jugend" und dem „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG) zusammenarbeitete. Der 1988 von BHJ-Aktivisten gebildete „Freibund" orientiert sich stärker an der Tradition der historischen bündischen Jugend. Seine Klientel sucht der Verein u.a. mit Werbeanzeigen in der Wochenzeitung „Junge Freiheit". *hma* ■

Geschichtsfälscher-Lobby

Am 9. 11. 2003 wurde in Vlotho ein Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten (VRBHV) gegründet. Der Vorsitzende dieses Vereins ist laut einer vom neonazistischen deutschen Störtebeker-Netz dazu veröffentlichten Mitteilung der Schweizer Neonazi Bernhard Schaub. Seine Stellvertreterin soll die Leiterin des in Vlotho tätigen Collegium Humanum, Ursula Haverbeck-Wetzel, sein. Ebenfalls aktiv für diesen Verein ist der deutsche Neonazi Horst Mahler.

Die Liste der Gründer des VRBHV liest sich wie ein Who's who der internationalen Holocaustleugner- und Neonaziszene:

Unter anderem werden dort angeführt: Robert Faurisson (französischer Holocaustleugner), Germar Rudolf (flüchtete 1996 von Deutschland nach Spanien bzw. nach England, Herausgeber der „revisionistischen" Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung), Jürgen Graf (Schweizer Holocaustleugner und Verfasser mehrerer einschlägiger Bücher; ebenfalls flüchtig), Gerd Honsik (flüchtete 1992 aus Österreich nach Spanien), Wilhelm Stäglich (Verfasser des Buches „Der Auschwitzmythos"), Fredrick Töben (Holocaustleugner und Direktor des „revisionistischen" Adelaide Institute for Historical Research in Australien), Hans-Dietrich Sander (Herausgeber der Staatsbriefe, die seit 2002 nur mehr im Internet veröffentlicht werden), Manfred Röder (derzeit in Haft), Frank Rennicke (neonazistischer Liedermacher, der vor kurzem in Deutschland wegen Volksverhetzung verurteilt wurde), Anneliese Remer (Witwe des im spanischen „Exil" verstorbenen Holocaustleugner Otto Ernst Remer).

Quelle: www.doew.at ■

Hausdurchsuchung in Vlotho

Vlotho. Am 25. November durchsuchte die Polizei auf Anordnung des Bielefelder Amtsgerichts die Geschäftsräume des Vereins ‚Collegium Humanum e. V.' in Vlotho, die Wohnungen verantwortlicher Funktionsträger des Vereins und die Firmenräumlichkeiten der Druckerei Deppe. Gesucht wurden noch vorhandene Exemplare der September/Oktober-Ausgabe der Zeitschrift „Stimme des Gewissens", die von dem Verein herausgegeben wird. Ein Artikel, in der die Vernichtung der europäischen Juden durch die Machthaber des Dritten Reiches als Lüge bezeichnet wird, steht im Verdacht der „Volksverhetzung". Die von Neofaschisten unterschiedlicher Ausrichtung genutzte Bildungsstätte war viele Jahre eng verzahnt mit dem mittlerweile aufgelösten „Weltbund zum Schutze des Lebens" (WSL). Präsident des WSL war Prof. Dr. Werner Georg Haverbeck (1909-1999), einst SA-Mitglied im Stabe von Rudolf Heß, der 1933 zum Leiter des NS-„Reichsbund für Volkstum und Heimat" ernannt wurde. Ermittelt wird nun gegen den „Schriftleiter" des wohl mit einer Auflage von 2500 Exemplaren erscheinenden Blättchens, Ernst Otto Cohrs (82) aus Rotenburg/Wümme und die Vereinsvorsitzende Ursula Haverbeck-Wetzel (76), Witwe des langjährigen WSL-Präsidenten.

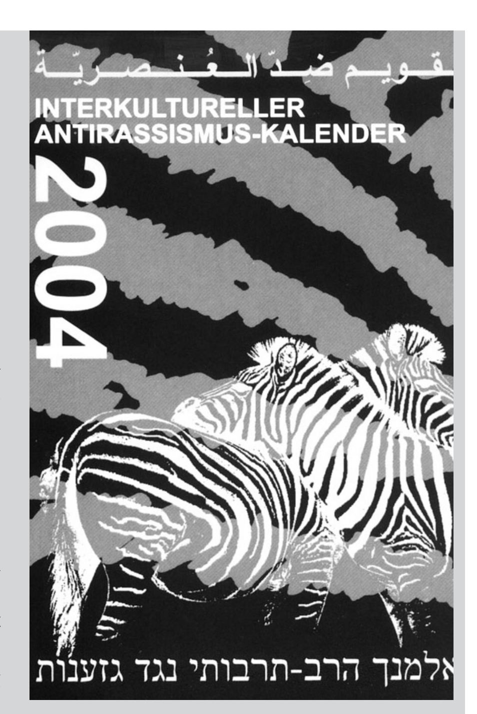
Von der gesuchten Ausgabe der Zeitschrift fand die Polizei lediglich noch 20 Exemplare. Hinter der Schrift soll der wegen Volksverhetzung verurteilte Berliner Anwalt Horst Mahler, zuletzt Mitglied der NPD, stecken. So habe er Ursula Haverbeck-Wetzel ein hohes Darlehen und eine Spende angeboten, um die Schrift allen Abgeordneten des Bundestages zukommen zu lassen. „Stell dir vor", so Mahler in einem Brief an die Vereinsvorsitzende, „der ganze Bundestag meditiert erschüttert: Den Holocaust gab es nicht."

Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft Bielefeld wegen Volksverhetzung sowohl gegen Horst Mahler als auch gegen Ernst Otto Cohrs und Ursula Haverbeck-Wetzel.

Neue Westfälische 26.11.2003 - hma ■

9. Antifaschistisches Jugendtreffen

BERLIN. Am 10. Januar führt die VVN-BdA ihr 9. Antifaschistisches Jugendtreffen in Berlin-Kreuzberg unter dem Motto „Kriege werden gemacht.... bevor sie geführt werden" durch. In Arbeitsgruppen und einer Podiumsdiskussion wird im Statthaus Böcklerpark, Prinzenstr. 1 ab 14 Uhr insbesondere die Rolle, Wirkung und Funktion von Medien diskutiert. Dabei wirken u.a. der Interbrigadist Kurt Goldstein, Rainer Rupp, Werner Pfennig, Markus Plagmann (IG Metall), Ekkart Spoo und Ekkehard Sieker („Monitor") mit. Um 20 Uhr beginnt die Abendveranstaltung mit der TTS - TheaterTruppeSchöneberg und 44 Leningrad (angefragt). Der Eintritt incl. Abendveranstaltung kostet 5 Euro.



Interkultureller Antirassismuskalender 2004

mit Fest-, Gedenk- und Feiertagen aller großen Kulturen und Weltreligionen. Tolle Gedichte und Rätsel aus 1001er Nacht, pfiffige Sprüche, Heftiges und Nachdenkliches, um 365 Tage mit einem lachenden und einem wachsamen Auge aktiv erleben zu können.

Bestelladresse: SOS Rassismus NRW im Amt für Jugendarbeit der EKvW, Postfach 1247, 58207 Schwerte, 4,– Euro, ab 10 Stück 3,– Euro plus Porto, www.sos-rassismus-nrw.de

Liebknecht - Luxemburg - Demonstration 2004

Sonntag, 11. Januar 2004, 10.00 Uhr in Berlin: vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten

„Vor 85 Jahren wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet. Die Ideen, für die sie kämpften und für die sie von der Reaktion umgebracht wurden, sind aktueller denn je. Sie ehrend, demonstrieren wir gegen imperialistische Kriege. Unser Protest richtet sich gegen die Realisierung US-amerikanischer Weltherrschaftspläne. Er gilt zugleich der Schaffung deutscher und europäischer Interventionsarmeen und den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Er gilt jeglichen imperialistischen Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland.

Wir demonstrieren dagegen, dass immense Gelder in Rüstung und Kriegspolitik fließen und zugleich ein Sozialabbau sondergleichen erfolgt. Wir wehren uns gegen Sozial- und Demokratieabbau. Wir demonstrieren gegen Nazis, Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus. Wir werden zeigen, dass wir dem Antifaschismus, der internationalen Solidarität und dem Humanismus auf besondere Weise verpflichtet sind.

Wir – Linke unterschiedlicher Strömungen – werden am 11. Januar 2004 friedlich unsere Standpunkte und Forderungen bekunden. Der Protest auf der Straße ist nötiger denn je. Wir rufen zu einem breiten Bündnis auf.“

aus dem Auruf zur Demonstration ■

Fortsetzung von Seite 1

In Hamburg geht hingegen das Spektakel erst richtig los. Schill wird mit Sicherheit nicht nur gerichtlich gegen seine Absetzung vorgehen – er wird versuchen, möglichst viele Abgeordnete auf seine Seite zu ziehen. Drei Abweichler reichen, um der Koalition die Mehrheit zu rauben.

Insofern stellen sich zahlreiche Fragen zu des Bürgermeisters Mephistopheles, über die die Auguren weissagen können: Wird die Koalition doch halten oder gibt es Neuwahlen? (Diese Frage ist entschieden – es gibt Neuwahlen, d. Red.) Was wird aus Mettbach und Nockemann? Verschwinden sie in der politischen Versenkung oder kriegen sie bei der CDU Posten? Gründet Schill eine neue Partei oder bleibt er bei der alten? Wandert er aus oder wandert er in die Psychiatrie? Fragen über Fragen, die demnächst beantwortet werden können, wenn sich der Rauch verzogen hat und der Vogelflug wieder beobachtet werden kann.

F ■

Naziaufmarsch in Hamm am 17. Januar 2004

HAMM. Für den 17. Januar 2004 haben die Nazis der Kameradschaft Hamm schon wieder einen Aufmarsch angekündigt. Motto: Solidarität mit Palästina!

Aller Wahrscheinlichkeit nach wollen sie wieder durch Bockum-Hövel marschieren. Das zeigt, dass die Aktivitäten der Kameradschaft Hamm enorm zunehmen. Im Juni diesen Jahres marschierten sie bereits einmal durch den Vorort Bockum-Hövel. AntifaschistInnen veranstalteten eine Gegenkundgebung und setzten eine Demonstration durch, an der sich ca. 250 Menschen beteiligten.

Damals war das Verhalten der Stadt von einer totalen Ignoranz geprägt. Gewerkschaften, Ratsparteien und Verwaltungen riefen dazu auf, nicht an Protesten teilzunehmen und stellten als Ersatz für antifaschistisches Engagement braune Mülltonnen (wobei eigentlich nur der Deckel braun war) auf die Straße. Hat scheinbar nichts genutzt. Die Neonazis hielten damals nicht nur eine Demo mit überregionaler Prominenz ab, sondern zogen auch nachher noch in großen Gruppen durch die Stadt – auf der Jagd auf Linke. Ein Teil der Demo feierte anschließend noch in einer Hammer Naziwohnung.

Am 17. Januar gilt erst recht und wie immer: Antifaschistische Gegenwehr ist nötig und möglich!! Rolläden rauf – Raus auf die Straße – Naziaufmarsch verhindern.

Infos auf der Internetseite der Antifa Hamm ab: www.antifa-hamm.de ■

Knütterveranstaltung abgesagt

ST. AUGUSTIN. Die Veranstaltung der CDU (Arbeitskreis Ost- und Mitteldeutschland) am 16.12. mit dem umstrittenen Bonner Professor Knütter, ist nach öffentlichem Protest nun doch abgesagt worden. Nachdem sich der CDU-Kreisvorsitzende Krautscheid zunächst heftig dagegen verwahrte, seine Partei lasse Redner mit „brauner Gesinnung“ zu Wort kommen (siehe AN 25-2003), wurde jetzt ein Rückzieher gemacht. Von einem Ausschluss Knütters aus der CDU ist allerdings bisher nicht die Rede. ■

Kollegium der Berufsschule Elmshorn fühlt sich diffamiert

ELSMHORN. Kolleginnen und Kollegen der Berufsschule Elmshorn haben sich mit einem Schreiben an uns gewandt, weil sie sich durch die Berichterstattung über ein an ihrer Schule verwendetes Buch auch persönlich angegriffen fühlen (siehe AN 23-2003). Sie schreiben u.a.:

„Bei dem besagten Buch „Frank, Politik heute“ handelt es sich um ein Buch, das in vielen Bundesländern lange Jahre als Schulbuch eingesetzt wurde. Das Buch wurde nach der Wende nicht mehr neu aufgelegt und erschien von daher nicht mehr in der Liste der zugelassenen Schulbücher. Auch viele der heutigen leitenden Beamten im Ministerium für Bildung Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein haben früher dieses Buch eingesetzt und nichts Beanstandenswertes daran gefunden. Es wurde uns vom Ministerium versichert, dass wir die Inhalte des Buches selbstverständlich weiterhin im Unterricht nutzen dürfen, nicht aber das Buch an die Schüler dauerhaft ausgeben.

Das beanstandete Kapitel „Wichtige Maßnahmen nationalsozialistischer Innenpolitik - die „guten Seiten“ des Nationalsozialismus“ wurde in der Presse zu „Wichtige Maßnahmen nationalsozialistischer Innenpolitik - die guten Seiten des Nationalsozialismus“. Die fehlenden Anführungszeichen geben der Überschrift dann natürlich eine gegensätzliche Bedeutung (siehe Duden 22. Auflage, CD-Version, Regel K8 Nr. 2.).

Wenn in dem Buch versucht wird, Jugendlichen nachvollziehbar zu machen, wieso ihre Eltern/Großeltern Hitler wählen konnten, so fällt es natürlich leicht mit zusammenhanglosen Zitaten einen gegenteiligen Eindruck zu erwecken. Wir lehnen den Nationalsozialismus ab. Man kann aber nicht leugnen, dass es Teile der Bevölkerung als positiv empfunden haben, dass z. B. die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. Wenn wir den Jugendlichen nicht erklären können, wieso es damals zu dieser unsäglichen Entwicklung gekommen ist, würden wir uns schuldig machen, wenn es bei zunehmenden wirtschaftlichen Problemen zu einer Neuauflage kommt. Wenn wir wollen, dass die Jugendlichen unsere Eltern und Großeltern in ihrem Verhalten während des Nationalsozialismus verstehen, müssen sie nachvollziehen können, wie es zu dieser unseligen Entwicklung gekommen ist. Nur so können wir verhindern, dass sich ähnliches wiederholt.

Alle Schüler in der betroffenen Klasse haben ausdrücklich betont, dass der beanstandete Unterricht ausgesprochen ausgewogen war und in keiner Weise der Versuch gemacht wurde, die Vorgehensweise des NS-Regimes aus heutiger Sicht positiv darzustellen.“

In dem Brief wird vor allem beklagt, dass die Veröffentlichung ohne Rücksprache passierte und bisher alle Versuche, mit den dafür verantwortlichen IG Metall-Vertretern in die Diskussion zu treten, gescheitert sind. Die IG Metall hat jetzt angekündigt am 6. Januar 2004 gemeinsam mit der Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave eine Pressekonferenz durchzuführen.

Wir werden weiter darüber berichten.

u.b. ■

Rechtsextreme Gewalt anhaltend hoch

BERLIN. Auf die monatliche Anfrage der Abgeordneten Petra Pau (PDS) hat das Bundesinnenministerium jetzt die Zahl rechtsextremer Straftaten für den Monat Oktober bekannt gegeben. Insgesamt wurden 583 Straftaten erfasst, die politisch rechts motiviert waren, 82 mit eindeutig fremdenfeindlichem Hintergrund. Darunter waren 41 Gewalttaten, 27 Personen wurden verletzt.

Schriftl. Fragen, Arbeitsnr. 11/243, 244, 245 ■

AK Angreifbare Traditionspflege ruft zur Solidarität auf

Als HistorikerInnen und MitorganisatorInnen des Hearings gegen die Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger in Mittenwald möchten wir mit dem untenstehenden „Offenen Brief" Solidarität für Ulli Sander und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) organisieren. Um Unterzeichnung und Weiterleitung an Interessierte würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. Stephan Stracke

Offener Brief an die zuständigen Justizbehörden u. Aufsichtsbehörden

Am 3. Dezember 2003 wurde die Privatwohnung von Ulrich Sander, dem Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN/ BdA) in Dortmund und das Landesbüro der VVN/ BdA NRW in Wuppertal von zehn Vertretern des Staatsschutzes durchsucht. Begründet wird dies mit dem haltlosen Vorwurf der Amtsanmaßung! Ulrich Sander wird laut Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts Dortmund beschuldigt, Briefe mit dem Briefkopf und Namenszug des Leiters der Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Verbrechen bei der Staatsanwaltschaft in Dortmund verschickt zu haben. Ehemalige Gebirgsjäger der Wehrmacht hatten in diesem Jahr Briefe mit dem Briefkopf der Zentralstelle erhalten, in denen den Empfängern eröffnet wurde, dass gegen sie wegen NS-Kriegsverbrechen auf der griechischen Insel Kephallonia ermittelt würde.

Die nun erfolgte Durchsuchung und Beschlagnahmung des PC's und persönlicher Briefe von Ulrich Sander, der sich u.a. mit der Recherche zu NS-Verbrechen in Griechenland befasst, werten wir als einen Angriff auf diejenigen, die sich mit der Aufklärung von NS-Verbrechen beschäftigen. Und angesichts der ungesühnt gebliebenen Verbrechen sehen wir sie auch als Ausdruck von Zynismus und Hohn gegenüber den Opfern des NS-Regimes!

Wegen der Erschießung von über 5.000 italienischen Kriegsgefangenen im September 1943 auf der griechischen Insel Kephallonia ist es in der Bundesrepublik nie zu einer Strafverfolgung und Verurteilung der Täter gekommen, Ermittlungsverfahren wurden eingestellt. Keine Ausnahme, sondern eine Traditionserscheinung der deutschen Justiz.

Die VVN hatte in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege in diesem Jahr den Staatsanwaltschaften in München, Dortmund und Ludwigsburg wiederholt eine Liste mit über 200 Namen und Adressen von möglichen Tätern an Massakern in Griechenland und Italien übergeben und die Staatsanwaltschaften zu Ermittlungen aufgefordert.

Die Schreiben mit dem Briefkopf der Zentralstelle zur Bearbeitung von NS-Verbrechen dienen offensichtlich als Vorwand für die Kriminalisierung eines antifaschistisch engagierten Journalisten und Buchautors, während wegen der Morde an Tausenden von Menschen immer noch keine Gerichtsverfahren eröffnet werden.

Die Zentralstelle in Dortmund steht sowohl unter Leitung von Klaus Schacht als auch von Ulrich Maaß leider nicht im Verdacht schnell gegen NS-Kriegsverbrecher zu ermitteln. Massenhaft wurden in den vergangen Jahrzehnten Verfahren gerade gegen Mitglieder der deutschen Wehrmacht eingestellt. Sogar im öffentlich stark beachteten Fall Kephalonia läuft die Ermittlung der Adressen der Tatverdächtigen so langsam, bis der letzte Gebirgsjäger gestorben ist. Anstatt die Mitgliederkartei des „Kameradenkreises der Gebirgstruppe" in München zu beschlagnahmen, die Geburtstagsgrüsse der alten Gebirgsjäger in ihrer Vereinszeitung „Die Gebirgstruppe" zur Kenntnis zu nehmen oder sich die einschlägigen Telefonbücher in Österreich und Deutschland zu besorgen, werden jahrelang in Amtshilfe von Einwohnemeldeämtern und Auslandsvertretungen die Adressen der mutmaßlichen Täter gesucht. Auch für das jüngst eröffnete Verfahren gegen den niederländischen SS-Mann Herbertus Bikker vor dem Landgericht Hagen hat die Behörde von Ulrich Maaß acht Jahre gebraucht, obwohl ein Geständnis des Mörders im Magazin „Stern" nachzulesen war.

- Wir fordern die Herausgabe der kopierten Dateien und die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Ulrich Sander!
- Wir fordern, Ermittlungen und Strafverfahren nicht als Mittel der Einschüchterung gegen AntifaschistInnen zu verwenden, sondern diejenigen strafrechtlich zu belangen, welche die Ermordung von Zivilbevölkerung und Kriegsgefangenen im Zuge deutscher Besatzungsherrschaft und Großmachtstreben organisiert und durchgeführt haben!
- Wir fordern die Verfolgung und Verurteilung der NS-Kriegsverbrecher und die Entschädigung aller NS-Opfer!

ErstunterzeichnerInnen:
AK Angreifbare Traditionspflege,AK Distomo Hamburg, Prof. Christoph Schminck-Gustavus, Uni Bremen, DGB Region Nordhessen, Antifaschismus-Referat Bergische Universität Wuppertal, Autonomes Zentrum Bazille Kassel, Naturfreundejugend Berlin, Verlag Assoziation A , Berlin, Berliner Initiative Griechenland unter dem Hakenkreuz , Arbeitskreis Asyl Göttingen, Kein Mensch ist illegal - Westliches Ruhrgebiet

Unterschriften an: AK Angreifbare Traditionspflege, angreifbare.tradition@freenet.de

Staatsanwaltschaft durchsucht Räume der VVN/BdA NRW und ihres Sprechers Ulli Sander

Am Mittwoch erhielten der Landessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifschisten NRW, Ulrich Sander, in seiner Privatwohnung und auch das Landesbüro der VVN-BdA in Wuppertal Besuch von der Polizei. Die Räume wurden durchsucht. Der Vorwurf: Landessprecher Ulrich Sander habe im Namen des gegen die ehemaligen Wehrmachtssoldaten, die mutmaßlich die Verbrechen in Kephallonia begangen haben, ermittelnden Oberstaatsanwaltes Maaß Briefe verschickt, in denen Ermittlungsverfahren gegen diese angekündigt seien – er habe also Amtsanmaßung begangen, so der ermittelnde Oberstaatsanwalt Bernhard Düllmann.

Landessprecher Sander weist solche Vorwürfe zurück. Die Briefe können alle möglichen Leute verschickt haben. Dass die Briefe Ähnlichkeit mit dem Schriftwechsel zwischen ihm und dem Oberstaatsanwalt Maaß hätten, beweise nicht, dass die „amtsanmaßenden" Briefe von ihm stammten. Der Briefwechsel ist schließlich im Internet veröffentlicht worden, sei für jeden zugänglich. Ulrich Sander dazu:

„Ohne als Zeuge gefragt zu werden, machte man mich kurzer Hand zum Beschuldigten, um mein Archiv (auf PC) beschlagnahmen und kopieren zu können. In diesem Zusammenhang erhebe ich schwere Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft Dortmund und gegen den Dortmunder Polizeipräsidenten.

Am Mittwoch, 3.12.03, erschienen in meiner Wohnung und im Büro der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten, Landesverband NRW in Wuppertal, insgesamt zehn Vertreter des Staatsschutzes, um Hausdurchsuchungen vorzunehmen. Es ging um den Vorwurf der Amtsanmaßung.

Mir wurde eröffnet, ich hätte mit dem Briefkopf der Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen, Dortmund, zahlreiche Personen, denen schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen wurden, angeschrieben, um ihnen mitzuteilen, dass das Untersuchungsverfahren gegen sie erneut eröffnet wurde.

Derartige Briefe, Fälschungen, habe ich nie versandt. Ich habe jedoch, den Staatsanwaltschaften in München, Dortmund und Ludwigsburg wiederholt, zuletzt im September d. Js., über 200 Namen und Adressen von möglichen Tätern an Massakern in Griechenland und Italien übergeben. Ich habe verlangt, dass gegen sie ermittelt und sie verurteilt werden. Alle Aktionen fanden in der Öffentlichkeit statt, stets habe ich sie als Journalist und Landessprecher der VVN-BdA durchgeführt.

Mit einem Durchsuchungsbefehl vom 9.7.03 wurden jetzt, fünf Monate später, die Durchsuchungen durchgeführt. Es wurden zwei Briefe und mein Computer mit allen Dateien darauf beschlagnahmt. Ich habe protestiert. Unter einem Vorwand wurde das Zeugnisverweigerungsrecht von Journalisten und anderen Personengruppen ausgehebelt. Statt die Naziverbrecher endlich zu belangen, wurde mit mir ein antifaschistischer Journalist an seiner Arbeit gehindert. Offenbar soll ich eingeschüchtert werden mit dem Ziel, dass ich meine Ermittlungen einstelle."

PM - Ulrich Sander ■

„Der Krieg, der viele Väter hatte“

Revisionistisches Buch erscheint in Neuauflage

Gerd Schultze-Rhonhof (Buxtehude), Generalmajor a.D. stellt in seinem revisionistischen Buch „1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte“ Nazi-Deutschland als einen Zufluchtsort (!) für hunderttausende Juden aus Polen dar. Er behauptet (Zitate): *„... daß in den Jahren von 1933 bis 1938 557.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland suchen...“ und „ ...strömen 557.000 polnische Juden von Ost nach West, um in Deutschland den Verfolgungen in Polen zu entkommen.“*

Er schreibt über die Pogromnacht am 9. November 1938 lediglich: „... brennen in Deutschland Hunderte von Synagogen. Jüdische Geschäfte werden zerstört, selbst Wohnungen geplündert.“

Keinerlei Erwähnung findet bei Schultze-Rhonhof der Mord an vielen Juden in dieser Nacht und die Verhaftung und Verschleppung von mehr als 20.000 Juden in Konzentrationslager. Unter der Überschrift: *„Der Stoff, aus dem die Mythen sind“ schreibt DIE WELT am 20.11.2003: „Mindestens so verbreitet wie diese direkt antisemitischen Geschichtsmythen sind in rechtsextremistischen Kreisen Behauptungen, Hitler habe den Zweiten Weltkrieg nicht aus eigenen Willen begonnen, sondern sei gewissermaßen in den Krieg ‚gezwungen‘ worden.*

Der ehemalige Bundeswehrgeneral Gerd Schultze-Rhonhof zum Beispiel macht in seinem jetzt in zweiter Auflage erschienenen Band ‚1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte‘ gleich sechs Staaten für den deutschen Angriff auf Polen verantwortlich. Zentral ist auch hier wieder die ‚Widerlegung‘ der (echten) Hoßbach-Niederschrift von November 1937, einem wichtigen Beweisstück im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess.“

Es ist nicht verwunderlich, dass Schultze-Rhonhof auch einschlägige Unterstützer findet: Der Kameradenverband des ehemaligen 1. SS-Panzerkorps lädt ihn Ende April 2003 als Festredner zu einer konspirativ durchgeführten Veranstaltung und lässt ihn die Kernaussagen seines Buches vorstellen. Der Buxtehuder Unternehmer Quade lädt ausgesuchte Gäste am 23.6.2003 zu einem Gesprächsabend mit Schultze-Rhonhof. Das STADER TAGEBLATT titelt später über diesen Abend: *„Vergiftet: Die deutsche Seele Generalmajor a. D. stellt sein Buch vor und fordert eine neue Sicht auf die Geschichte“*. Der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD, Adolf Dammann aus Buxtehude-Neukloster, macht eine wohlwollende Buchempfehlung im Niedersachsenspiegel der NPD. *„Begeisterten Beifall“* erhält Schultze-Rhonhof auch nach einem Vortrag am 10.10.2003 in Berlin bei der reaktionären Deutschen Partei. Die Deutsche Partei hat für diesen Vortrag u.a. beim Pressefest des NPD-nahen Deutschen Stimme Verlages geworben.

Gerd Schultze-Rhonhof ist Mitgründer der rechtslastigen „Arbeitsgemeinschaft ‚Stimme der Mehrheit‘“ und steht dem rechtsextremen Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen nahe.Er ist regelmäßiger Autor und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“. Eine überregionale Beachtung fand er dadurch, dass er das Bundesverfassungsgericht nach dem Soldaten-sind-Mörder-Urteil mit dem Volksgerichtshof der Nazis verglich. Gerd Schultze-Rhonhof äußerte sich 1998 in einem Interview mit der „DMZ“ im Sinne einer Volksgemeinschaftsideologie: *„Man muß sich als Gemeinschaft fühlen, sonst steht man nicht mehr füreinander ein. Die empfundene Gemeinschaft ist die des eigenen Volkes. Entfernter liegende Völker, selbst innerhalb Europas, erzeugen für uns nicht das Wir-Gefühl“*.

Michael Quelle
VVN-BdA Stade ■

Frankreich vor den Regionalparlamentswahlen:

Le Pen stellt „soziale Frage(n)“

Es war nicht die fortschrittlichste, aber wohl die lauteste Demonstration der letzten Jahre in Paris. Zehntausende Sylvesterböller und einige Leuchtraketen gingen los, als am Montag, 24. November die Tabakhändler durch die französische Hauptstadt zogen.

Rund 20.000 waren aus allen Ecken des Landes gekommen, um der Regierung mit dem Stimmzettel zu drohen: „Der Raucherkrebs führt zum Tumor in den Urnen.“ Das muss nicht bedeuten, dass sie für die extreme Rechte stimmen werden in der Mehrzahl der Fälle läuft es aber wohl darauf hinaus. Gleichzeitig drohen sie damit, ihre „täglich 11 Millionen Kunden“ entsprechend zu beeinflussen.

Die Tabakhändler, die in Frankreich meist zugleich auch Café und Alkohol ausschenken, sind ein traditionell rechts stehender Berufszweig. Napoleon hatte ihn 1800 begründet. Da der Staat ein Monopol auf den Tabakhandel hatte, führte er eine Lizenz ein. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein wurde bevorzugt eine Klientel bedacht, die aus ehemaligen Militärs und Polizeispitzeln bestand. Bis heute ist die soziale Mentalität des Berufsstand eher konservativ bis reaktionär geprägt.



Streikende Tabakhändler

Jetzt empören sich die Geschäftsleute über den Staat, an dessen Monopol sie mit verdienen. Die Regierung hat nämlich eine gesalzene Erhöhung der Tabaksteuern beschlossen. Ab kommenden Juli wird das Päckchen Zigaretten stolze 5,50 Euro kosten. Die Händler befürchten einen Kundenverlust.

Der neofaschistische Front National (FN) hat vor diesem Hintergrund eine geschickte Politik betrieben. Bereits im Oktober schickte er einen vierseitigen Brief an alle 34.000 zugelassenen Tabakhändler in Frankreich. Darin verband er die Interessenpolitik – die Ablehnung der Steuern – mit weiter gehenden politischen Zusammenhängen. Denn die Affäre der Tabaksteuern werfe einerseits die Frage nach der Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb der EU, die sträflicherweise abgeschafft worden seien, und dem Ende der „in alle Himmelsrichtungen offenen Nation“ auf, da der Zigarettenschmuggel nun sprunghaft zunehmen werde. Andererseits sei auch die Zunahme von Überfällen auf und Einbrüchen in Tabakläden zu befürchten, wenn der Zigarettenpreis unerschwinglich hoch liege. Daher stelle sich die Frage nach mehr Polizei und „Innerer Sicherheit“.

Jean-Marie Le Pen reibt sich bereits die Hände und erklärt in der neuesten

Ausgabe der rechtsextremen Wochenzeitung *Minute*, ein Millionenpublikum erschließe sich der extremen Rechten: Die Raucher und daneben die Autofahrer, aufgrund der jüngsten Steuererhöhungen auf Diesel-Kraftstoff.

Tatsächlich sind solche Erhöhungen der Verbrauchssteuern unpopulär und zudem sozial ungerecht, da die indirekten Steuern nicht proportional am Einkommen ausgerichtet sind. Die extreme Rechte wirft dabei nicht die Frage des sozialen Klasseninteresses auf – man könnte ja auch Lohnerhöhungen fordern –, sondern zäumt das Pferd auf populistische Weise von hinten her auf, nämlich vom Verbraucherinteresse her.

Mit Erfolg kann der FN hier freilich nur dann ansetzen, wenn er verschweigt, was er selbst im Parteiprogramm stehen hat: Die Abschaffung der – am Verdienstniveau orientierten – Einkommenssteuer und zugleich die radikale Erhöhung der besonders unsozialen Mehrwertsteuer. Aber welcher rechtsextreme Wähler studiert schon genau die Programme?

Auch ansonsten zeigt die extreme Rechte sich sehr geschickt beim Aufgreifen von sozialen Interessen und von Begriffen, die umgebogen und in ihren Diskurs eingepasst werden. Wichtigstes Beispiel ist das neue Leitmotto der rechtsextremen Kampagne für die Regionalparlamentswahlen im kommenden März: L'insécurité sociale.

Dieser Begriff der „sozialen Unsicherheit" wurde in den letzten beiden Jahren vor allem durch die Linke und Antifaschisten benutzt. Und zwar als Gegenargument zum Konzept von „Unsicherheit" im polizeilichen Sinne, das vor anderthalb Jahren den Präsidentschafts-Wahlkampf fast aller etablierten Parteien und des FN dominierte. Dieses „Unsicherheitsgefühl" sei nur eine Chiffre für die verbreitete Zukunftsangst, wurde betont, die aber in Wirklichkeit soziale und ökonomische Ursachen habe. Dadurch wurde versucht, die Debatte zu rationalisieren.

Genau das Gegenteil bezweckt jetzt die extreme Rechte. In ihrer Wahlkampfstrategie, die offiziell am 7. Dezember beschlossen wird, soll die „soziale Unsicherheit" im Mittelpunkt stehen. Präsentiert wird sie aber nicht als Gegenmodell zur „Unsicherheit" im herkömmlichen Sinne, sondern als Facette einer Gesamterscheinung, zu der die Furcht vor Straftaten ebenso gehöre wie die wirtschaftliche Verunsicherung und die Krise der Sozialsysteme. Alles seien nur Symptome einer um sich greifenden „Unsicherheit", die aus der Zerstörung der Grenzen, der Nationen und traditioneller Hierarchien resultiere.

Vielleicht wird es der letzte Wahlkampf von Jean-Marie Le Pen. Der mittlerweile 75-Jährige bewirbt sich um die Präsidentschaft der Region PACA (Provence-Alpes-Côte d'Azur). Der Präsidentenstuhl steht in Marseille, doch Le Pen tritt als Direktkandidat im besonders reaktionären Nizza an. Seine Vision für die Region ist die eines „französischen Kalifornien". Konkret predigt er eine Erschließung des Hinterlands durch schwer bewachte Villen und Siedlungen für reiche Rentner, die als eine Art golden ghettos implantiert würden. Mit provençalischen Traditionen, auf die er sich beruft, hat das freilich nichts zu tun.

Dass Jean-Marie Le Pen angesichts seines Alters ein politisches Auslaufmodell ist, zeigte freilich seine jüngste Fernsehdebatte (am 20. November) mit Innenminister Sarkozy. Er schaffte es, den FN-Chef als gealtert und unsouverän erscheinen zu lassen.

Doch Ersatz steht bereit. Die jüngste Tochter des Parteigründers, Marine Le Pen, wird nicht nur zur wahrscheinlichen Nachfolgerin des Herrn Papa an der Parteispitze aufgebaut. Die 35jährige ehemalige Anwältin tritt jetzt auch als Spitzenkandidatin für die Präsidentschaft der Region Ile-de-France (des Großraums Paris) an.

Und sie knüpft für die Zukunft auch eifrig internationale Kontakte. Anfang Oktober traf sie in einem Hotel in der Normandie Vertreter des belgischen Vlaams Blok. Zwei Wochen später weilte sie in Washington D.C. und New York, auf Einladung des Women Republican Club of New York, einer Frauenvereinigung der Republikanischen Partei der USA, vor der sie eine Rede halten durfte.
Ob es dabei um's Rauchen ging, ist nicht bekannt.

Bernhard Schmid, Paris ■

Vorstand des Internationalen Rombergparkkomitees tagte zum Abschluss der Wehrmachtsausstellung

Auschwitzüberlebende Celine van der Hoek: Nazidemonstranten verstoßen gegen Verbot der Leugnung des Holocaust

DORTMUND. Der Vorstand des Internationalen Rombergparkkomitees, Sitz Dortmund, hat zum Abschluss der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 - 1944" in Dortmund getagt. Die Ausstellung stelle ein eindrucksvolles Stück Erinnerungskultur dar, zu der man Dortmund nur beglückwünschen kann, wurde nach Besuch der Ausstellung betont. Auch die im Großen und Ganzen erfolgreiche Auseinandersetzung mit den neonazistischen Störern der Ausstellung wurde begrüßt. Allerdings stellte Celine van der Hoek-de Vries, eine Auschwitz-Überlebende aus Amsterdam und eine langjährige Mitwirkende in der internationalen Initiative, wie es das Rombergparkkomitee darstellt, fest: Sie habe kein Verständnis dafür, dass die Behörden in Deutschland nicht alle Mittel eingesetzt haben, um die widerlichen Aufmärsche der Nazis in Dortmund zu verhindern: *„Indem die Neonazis den Charakter des Vernichtungskrieges leugnen, den die Wehrmacht führte, leugnen sie den Holocaust. Der Massenmord an den europäischen Juden, an den Sinti und Roma und an Millionen Slawen war Teil des Holocaust, dessen Leugnung in Deutschland verboten ist."*

Das Komitee will weitere Mitglieder aus dem In- und Ausland gewinnen und rief die jungen Antifaschistinnen und Antifaschisten, die sich während der Wehrmachtsausstellung so erfolgreich engagiert haben, auf, jetzt diese Arbeit fortzusetzen; eine Plattform dafür böte das IRPK. Am Gründonnerstag, dem 8. April 2004, wird das Komitee zu einer öffentlichen Tagung einladen, bei der neue Mitglieder begrüßt werden und



über neue Forschungsergebnisse zu den faschistischen Mordtaten in Dortmund berichtet werden soll. So wurde hervorgehoben, dass die Forschungsergebnisse zu den Stalags, den ehemaligen Kriegsgefangenenlagern in und um Dortmund, der Mahnung vor neuem Unrecht dienen. Bedauert wurde, dass die Stadt Dortmund zwar den Phönix-See weiter plane, aber kein Wort darüber verliere, was aus dem authentischen Ort „Auffanglager" Hermannstraße auf dem Krupp-Thyssen-Gelände in Hörde werden solle. Das Andenken an das Leid der dort Inhaftierten und Ermordeten, darunter jüdische Menschen, dürfe nicht der Profitorientierung im Immobilienhandel geopfert werden, wurde betont.

Das Komitee wird sich weiterhin auch international betätigen und die Mitgliedschaft in der Internationalen Föderation des Widerstandes (FIR) beantragen. Man wolle im europäischen Maßstab für antifaschistische und friedenspolitische Positionen in einer EU-Verfassung werben. Die jetzigen Aussagen im Entwurf der Verfassung zu Fragen von Krieg und Frieden stellten eine Orientierung auf Rüstung und militärische Konfliktlösung dar. Man sei tief enttäuscht über den Entwurf. Darüber müsse jetzt eine öffentliche Diskussion geführt werden. ■

Der Dreifachmord in Overath im Oktober dieses Jahres sucht wohl seinesgleichen: Der aktive Rechtsextremist und ehemalige Fremdenlegionär Thomas Martin Adolf brachte den Rechtsanwalt Hartmut Nickel, dessen Ehefrau Mechtild und Tochter Alja um. Mordmotiv: Rache für einen verlorenen Mietstreit, bei dem Nickel für die gegnerische Seite den Sieg erzielt hatte. Es fehlte nicht viel und die blutige Tat in dem Städtchen bei Köln hätte ein V-Mann des Verfassungsschutzes verübt. Denn Thomas Martin Adolf hatte im Frühjahr 1996 enge Kontakte zu den „Schlapphüten" und kassierte sie bei mehreren konspirativen Treffen ab – angeblich ausschließlich für Informationen, die längst im Internet zu finden waren.

Rolf Gössner schrieb ein Buch über die V-Leute-Problematik:

Verfassungsschutz – ein Teil des Neonazi-Problems

von Thomas Klaus

Es sind Fälle wie dieser, die den Verfasser des Buches „Geheime Informanten – V-Leute des Verfassungsschutzes: Kriminelle im Dienst des Staates" von einer „erkennbar gewordenen Symbiose von Verfassungsfeinden und Verfassungsschützern" schreiben – und davor warnen lassen. Der Rechtsanwalt, Gutachter und Publizist Dr. Rolf Gössner aus Bremen hatte sich bereits Anfang der achtziger Jahre mit dem polizeikritischen Buch „Der Apparat" einen Namen gemacht. Seitdem sind zahlreiche Werke rund um den Themenbereich „Bürgerrechte" hinzu gekommen. Von 1990 bis 2001 beriet Gössner die niedersächsische Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf rechtspolitischem Gebiet. Seit März 2003 amtiert er als Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, wirkt außerdem als Mitherausgeber des Kultur- und Politik-Magazins „Ossietzky".

Kern des rund 320-seitigen Buches sind zahlreiche Fallstudien über die dubiosen Werdegänge von V-Leuten des Verfassungsschutzes. Sechs fallen ausführlich, zwölf im Stenogramm-Stil aus. Umfangreich porträtiert wird zum Beispiel die Vita von Carsten Szczepanski. Wegen Mordversuchs an einem Asylbewerber wurde er 1995 zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt und vier Jahre später vorzeitig aus der Haft entlassen. Für den brandenburgischen Verfassungsschutz war er unter dem Decknamen „Piato" aktiv. Nach seinem Gefängnisaufenthalt mischte Szczepanski weiter kräftig im braunen Sumpf mit. Unter anderem betätigte er sich als Herausgeber der Fanzine-Postille „United Skins" und betrieb in Königs Wusterhausen ein Ladengeschäft: Hier wurden einschlägige CDs, Kassetten und Bücher verkauft. In der NPD stieg Carsten Szczepanski zum Landesorganisationsleiter im Landesvorstand Berlin-Brandenburg auf – „ein Sammelbecken gewaltbereiter Neonazis" (Gössner). Darüber hinaus organisierte er die rechtsextreme Königs Wusterhausener Szene um. Er schuf also selbst die Strukturen, die er dann später für den Verfassungsschutz auskundschaften sollte.

Rolf Gössner: „Häufig genug fließen V-Mann-Honorare und Spenden aus Steuergeldern direkt in den Ausbau der Neonazi-Strukturen und in rechte Aktionen und Aufmärsche. Diese staatliche Förderung neonazistischer Strukturen und Aktivitäten wird offenbar für ein höheres Ziel in Kauf genommen."

Erst nach der Enttarnung Szczepanskis durch braune Kameraden schaltete der Verfassungsschutz im Juli 2000 seine Quelle ab.

Fließende Übergänge zwischen Aufklärung und Anstiftung

„Die Übergänge zwischen Informationsbeschaffung, Aufklärung, Kumpanei, Anstachelung und Anstiftung sind ... fließend", kommentiert Gössner solche und ähnliche Biographien. Es gilt: „Ein Hauptmotiv für die Provokation von kriminellen Handlungen ist der Erhalt der finanziellen Quellen. Denn der V-Mann ist für den VS um so wertvoller, je mehr brisante Informationen er liefert, für die er dann bezahlt wird."

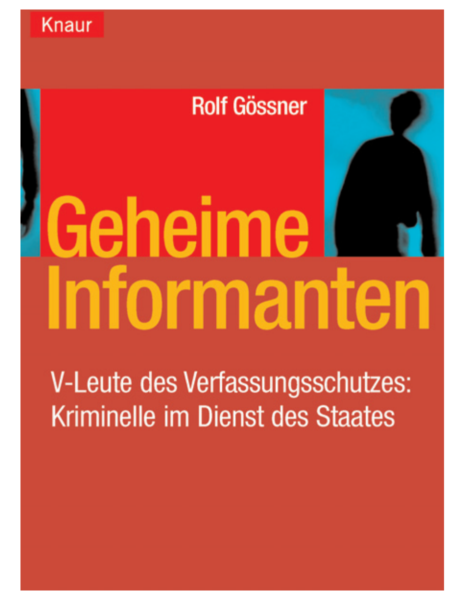
Ralf Gössner weist aber auch auf den menschlichen Aspekt hin, den man bei der Betrachtung der V-Leute-Problematik nicht vernachlässigen sollte. Ein Beispiel in diesem Sinne ist Michael Grube, der V-Mann „Martin" des Verfassungsschutzes in Mecklenburg-Vorpommern. Aus Angst vor seiner Enttarnung beteiligte er sich im März 1999 an einem Brandanschlag auf eine Pizzeria in Grevesmühlen. Auch parteipolitisch machte Grube in seiner V-Mann-Zeit Karriere: Er avancierte zum NPD-Kreisvorsitzenden für Nordmecklenburg und Wismar, kandidierte außerdem für den Landtag.

Gössner schreibt: „Die betroffenen Menschen werden zu bloßen Objekten staatlicher Sicherheitspolitik gemacht – ein Vorgang, der keineswegs dem Menschenbild des Grundgesetzes entspricht und deshalb verfassungswidrig ist."

Dann gibt es aber auch noch die Gruppe der V-Leute, die mit Wissen ihrer Gesinnungsgenossen für den Verfassungsschutz „schnüffeln" und die Honorare oft sogar ihrer rechtsextremen Organisation oder Partei zukommen lassen.

In diese Kategorie gehörte unter anderem Udo Karl Adolf Holtmann, nordrhein-westfälischer NPD-Landesvorsitzender, Mitglied des NPD-Bundesvorstandes und zeitweise kommissarischer Bundesvorsitzender sowie Herausgeber und Chefredakteur des NPD-Zentralorgans „Deutsche Stimme". Er betätigte sich als klassischer Doppelagent. Der NPD-Führung gegenüber offenbarte er sich als V-Mann; vom Verfassungsschutz strich er Geld ein – und das satte 24 Jahre lang, nämlich von 1978 bis 2002.

Noch länger dauerte das Verfassungsschutz-Engagement von Wolfgang Richard Frenz, der 35 Jahre lang für den Verfassungsschutz gearbeitet hatte. Frenz war 1964 Gründungsmitglied der NPD und langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes, ferner Schriftleiter der Parteiorgane „NPD-Landesspiegel NRW" und „Deutsche Zukunft".



Aktivitäten wie die von Holtmann und Frenz kamen im Zuge des später geplatzten Verbotsverfahrens gegen die NPD ans Tageslicht; es spielt in dem Buch „Geheime Informanten" naturgemäß ebenfalls eine große Rolle. Dabei stellte sich heraus, dass etwa 30 der 200 NPD-Vorstandsmitglieder im Sold des Staates standen. Gössner fragt sich: „Ein wahrlich hoher Staatsanteil von geheimen Finsterlingen allein in den Vorständen auf Bundes- und Landesebene – wie viele mögen es dann in der gesamten NPD auf sämtlichen Parteiebenen gewesen sein? Schätzungen gehen bis zu hundert und mehr."

Erfolgsbilanz des Verfassungsschutzes ist nicht erkennbar

Von der Kontrolle rechtsextremistischer Parteien ist der Autor generell nicht überzeugt. Grund: „Im Zusammenhang

mit der Beobachtung von Parteien besteht die Gefahr, dass die VS-Behörden von der jeweiligen politischen Führung für unlautere Eingriffe in den politischen Wettbewerb missbraucht werden, um politische Gegner und oppositionelle Konkurrenten zu stigmatisieren.“

Rolf Gössner kann eine Erfolgsbilanz des Verfassungsschutzes nicht erkennen: „Der VS konnte weder die Vermehrung rechter Organisationen und Aktivitäten rechtzeitig vorhersagen noch die Zunahme rassistischer Gewalttaten erklären. Und lange Zeit bagatellisierte er die organisatorischen Qualitäten der rechten Gruppierungen – obwohl es längst starke Ansätze zur Organisierung und Vernetzung gab sowie alarmierende Anzeichen für eine wachsende Gewaltbereitschaft mit rechtsterroristischen Tendenzen.“

Nach Gössners Auffassung haben die Strategen des Verfassungsschutzes nach dem Niedergang des so genannten „Ostblocks“ schnell geschaltet und den aufkeimenden Rechtsextremismus als Legitimation für die weitere Existenz und sogar den Ausbau ihrer Institution genutzt – und das trotz der „braunen Flecken in der Vergangenheit des VS“, die bis heute nicht aufgearbeitet worden seien.

Das Fazit von Rolf Gössner fällt eindeutig aus: „Der VS ist Teil des Neonazi-Problems geworden, nicht ansatzweise dessen Lösung.“ Auch an die Adresse der politischen Linken richtet sich die Aussage, es werde allzu leicht übersehen, „dass eine starke antifaschistische, soziale und demokratisch legitimierte Politik, die auch die psychischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen und Bedingungen für Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt berücksichtigt, eher in der Lage sein dürfte, das vorhandene Gefahrenpotenzial zu verringern, als der Einsatz einer geheimen und letztlich unkontrollierbaren Institution, die ihrerseits ein erhebliches Gefahrenpotenzial darstellt“.

Statt V-Mann-Einsatz plädiert Gössner in seinem Buch „Geheime Informanten“ für eine offen arbeitende, wissenschaftliche Dokumentationsstelle zur Beobachtung, Erforschung und Analyse des Rechtsextremismus. Schließlich bezieht auch der Verfassungsschutz etwa 80 Prozent seiner Erkenntnisse aus offenen Quellen, also vor allem aus den Medien und der Wissenschaft.

Rolf Gössner, Geheime Informanten – V-Leute des Verfassungsschutzes: Kriminelle im Dienst des Staates, Knaur-Verlag, 2003, rund 320 Seiten, 12,90 Euro, ISBN 3-426-77684-7

Imperialismus im eigenen Land

„Kerneuropa“ und Osterweiterung: Über den aggressiven Charakter der EU

Das Projekt der EU wird in der deutschen Gesellschaft bis in linke Kreise hinein grundsätzlich bejaht. (...) Es scheint fast, als würde in gewissen Kreisen das Wort Imperialismus synonym mit „USA“ verwendet und dabei der Imperialismus im eigenen Land sanft übersehen.

Das Buch „Die EU, „Kerneuropa“ und die Osterweiterung“ versucht, den aggressiven Charakter der EU offen zu legen und zu analysieren. Zunächst untersucht Frank Pieper die Geschichte des Kerneuropabegriffs vom Kaiserreich bis zu Joschka Fischer. Hier wird - trotz der Unterschiede der politischen Systeme – eine Kontinuität deutlich. Deutschland versuchte (zunächst als konkurrierendes Konzept zu überseeischen Kolonien), eine Peripherie abhängiger europäischer Länder an sich zu binden, welche als Absatzmärkte und politische Satelliten fungieren sollten. Ziel war stets ein „großer deutsch beherrschter Wirtschaftsraum“. Obwohl die offene Propagierung dieser imperialistischen Ansprüche in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg (aus naheliegenden Gründen) zeitweise zugunsten eines Konzepts von gleichberechtigten europäischen Staaten zurückgestellt wurde, wurden die Kerneuropakonzepte bereits in der Zeit vor der DDR-Annexion 1990 aus der historischen Abstellkammer geholt. Allerdings mit dem Unterschied, dass diesmal Frankreich als gleichberechtigter Partner mit im Boot sein sollte.

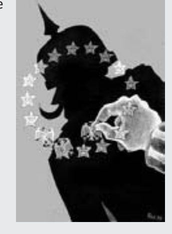
Sowohl CDU-Schäuble als auch Grünen-Fischer beziehen sich auf ein deutsch-französisch beherrschtes „Kerneuropa“, welches als Gravitationszentrum für eine europäische Supermacht dienen soll. Nicht zuletzt das Geplänkel zwischen Paris und Berlin auf der einen und Washington und London auf der anderen Seite anlässlich des amerikanischen Irak-Feldzugs ist der Ausdruck einer zunehmenden Rivalität zwischen den imperialistischen Blöcken.

Womit wir beim zweiten Beitrag dieses Buches wären: Christiane Schneider betrachtet die zunehmende Militarisierung der EU und dabei besonders die vorwärtstreibende Rolle der Achse Paris - Berlin. Bereits 1988 wurde die Aufstellung eines gemeinsamen deutsch-französischen Korps beschlossen. Die Militarisierung wurde nach dem Zusammenbruch der osteruopäischen Staaten durch eine Reaktivierung der WEU (Westeuropäische Union, westeuropäisches Militärbündnis) verstärkt vorangetrieben. Es folgte der Aufbau des deutsch-französischen „Eurokorps“, einer Truppe, die schon bei ihrer Gründung als Kampftruppe Kerneuropas außerhalb des Bündnisgebietes konzipiert war. (...) Mit den Verträgen von Amsterdam 1997 wurden entscheidende militärische Befugnisse direkt der EU unterstellt. Der größte Coup der deutsch-französischen Achse gelang jedoch während des Irak-Krieges der USA. Während die deutsche und französische Regierung die USA für ihren Feldzug gegen den Irak kritisierten, legten sie den anderen EU-Staaten einen Entwurf vor, „in Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik künftig generell mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden“. Kurz darauf, es war der 28. April 2003, und der Irak-Krieg war noch nicht zu Ende, beschlossen Belgien, Luxemburg, Frankreich und Deutschland die Schaffung einer „Initial-Entry-Fähigkeit“, sprich einer Kerneuropa-Eingreiftruppe zur schnellen imperialistischen Intervention mit der deutsch-französischen Brigade als Rückgrat.

Frank Pieper (Hg.)
Holger Kuhr
Christiane Schneider

Die EU, „Kerneuropa“ und Osterweiterung

Geschichte, Entwicklung und Perspektive eines imperialistischen Blocks unter deutsch-französischer Hegemonie



Holger Kuhr thematisiert in seinem Beitrag die EU-Osterweiterung. Dieses Projekt wurde seit dem Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten ab 1989 entschieden und offensiv von der bundesdeutschen Regierung vorangetrieben. Seit 1989 starten vor allem westdeutsche Konzerne eine Exportoffensive in diese Länder, was dazu geführt hat, dass die osteuropäischen Staaten stark an den EU-Markt gebunden sind. Inzwischen weisen alle EU-Kandidatenländer negative Handelsbilanzen auf, dass heißt, sie importieren mehr (vor allem aus Deutschland) als sie exportieren. Gleichzeitig sind diese Staaten durch die Abwertung ihrer Landeswährungen und die Zerschlagung ihrer eigenen Industrien durch die westliche Konkurrenz äußerst hoch in EU-Europa verschuldet, was sie gegenüber kerneuropäischen Machtansprüchem wehrlos macht. (...) Deutschland benutzt den geplanten Beitritt der neuen EU-Staaten, um eine Reform der EU-Entscheidungsstrukturen durchzusetzen, an deren Ende eine Stärkung der großen EU-Mitgliedsländer und damit vor allem Deutschlands als bevölkerungsreichster EU-Staat steht. (...)

Diese Broschüre beleuchtet eindrucksvoll und in kurzer From das Ineinandergreifen von imperialistischer Expansion, Militarisierung und Entdemokratisierung der EU. Als Lektüre sollte man dieses Buch nicht nur aufrechten Antiimperialisten, sondern vor allen sich allzu EU-euphorisch gebärdenden Anhängern des parlamentarischen Weges zum Sozialismus in die Hände legen.

Frank Theis, junge Welt,
aus Platzgründen leicht gekürzt ■

Kritik am geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen“ wächst

Förderung der Vertriebenenverbände endlich beenden

Die anhaltende Kampagne der „Vertriebenenverbände“, angeführt von der CDU-Rechtsaußen Erika Steinbach, für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin stößt vor allem im Ausland auf wachsenden Widerstand. In der Tschechischen Republik und in Polen hat diese Kampagne sogar erbitterten Widerstand ausgelöst. Der Schaden, den die kaltherzigen Vertriebenenfunktionäre mit ihrer hasserfüllten Kampagne für die deutschen Beziehungen mit Polen und der Tschechischen Republik geschaffen haben, wird unübersehbar. Selten in den letzten dreißig Jahren waren die Beziehungen Deutschlands mit den beiden Nachbarländern im Osten so schlecht wie heute. Kaum jemand – auch nicht auf der politischen Linken – hätte noch vor Kurzem geglaubt, dass die Vertriebenenverbände heute noch einen solchen Schaden anrichten können.

Selbst in Kreisen, die der Bundesregierung und den von ihr mit Millionenbeträgen aus dem Bundeshaushalt geförderten Vertriebenenverbänden politisch nahe stehen, wachsen angesichts dieser Entwicklung die Sorgen, nicht noch mehr Porzellan zu zerschlagen. Die Wochenzeitung Die Zeit ließ den polnischen Philosophen Leszek Kolakowski mit einem langen Aufsatz gegen das geplante Zentrum zu Wort kommen. Ein solches Zentrum solle „die Gräuel des Zweiten Weltkriegs relativieren“ und untergegangene deutsche „Gebietsansprüche untermauern“, so der heute in Oxford lebende, international anerkannte polnische Autor. Kolakowski erinnert an die Millionen Todesopfer der Nazis in Polen, daran, dass „die Polen, nach der Ausrottung der gebildeten Schichten, zu Schweinehirten der Deutschen“ werden sollten, an seine eigene Jugend, als er nur knapp den Mordabsichten der Wehrmacht entkam. „In Wirklichkeit gab es im Generalgouvernement keine Todesstrafen, ich habe nie gehört, dass jemand zum Tode verurteilt wurde. Die Deutschen verurteilten uns nicht zum Tode, sie ermordeten uns einfach.“ Es stimme zwar, dass im Zusammenhang des jetzt diskutierten „Zentrums“ keine Gebietsansprüche gegen Polen erhoben würden. Aber das sei trügerisch. „Ich erinnere mich, wie ich einmal in München zu Tische saß, in Gesellschaft von drei herausragenden deutschen Intellektuellen, die über die deutsche Frage alles wussten, was man wissen konnte. Ich fragte sie, ob die DDR in Westdeutschland immer noch als nationale Schande gelte, ob es einen starken, authentischen Wunsch nach Wiedervereinigung gebe. Alle drei erwiderten: ‚Vergiss es, das interessiert hier niemanden‘.“ Kolakowski weiter. „Dieses Gespräch fand einige Monate … vor dem Fall der Mauer statt. Es ist ein Beispiel dafür, dass auch das beste Wissen nicht ausreicht, um die Zukunft vorauszusehen.“

Das geplante Zentrum gefährde die deutsch-polnische Versöhnung der Nachkriegszeit. „Ich möchte nicht, dass dieses … durch politische Spielchen wieder verloren geht.“

Auch der Chefredakteur des Berliner Tagesspiegels, Hermann Rudolph, ist besorgt. „Da geht etwas fürchterlich schief“, warnte er am 28. September in einem Namensartikel. „Die Äußerungen bedeutender polnischer Intellektueller zur Debatte über den Plan eines Zentrums gegen Vertreibungen müssen … alle Alarmglocken schrillen lassen. (…) Es werde ein ‚Denkmal des Hasses für die jungen Deutschen und nicht für die Zukunft‘ werden, erklärt Bronislaw Geremek, führender Mann von Solidarnosc und früherer Außenminister.“ „Persönlichkeiten, die zu den Leuchten des deutsch-polnischen Dialogs gehörten“, warnten vor dem Zentrum. Eine polnische Zeitschrift habe sogar die Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach in SS-Uniform und auf dem Kanzler reitend karikiert.

Offenbar seien die Zweifel an den wahren Absichten der Vertriebenenverbände bis heute nicht ausgeräumt, bemerkt der Mann. Wie wahr! Die deutsche Politik müsse zur Kenntnis nehmen, „dass wir uns im deutsch-polnischen Verhältnis auf einem Eis bewegen, das viel dünner ist, als wir oft und gerne angenommen haben,“ rät er dann. Sein Fazit: Das Projekt müsse herunter von seinem hohen Ross, ein solches großes Zentrum müsse nicht sein, Ausstellungen – etwa in deutschen Museen – täten es vorerst auch. Irgendwann in Zukunft könne dann der Plan eines großen Zentrums wieder hervorgeholt werden.

Zu hoffen ist, dass so ein taktischer, vorläufiger Rückzug, zu dem der Autor rät, den vielen berechtigten Kritikern dieses Vorhabens in Polen und der Tschechischen Republik am Ende nicht reicht. Richtig und angemessen wäre vielmehr, die tiefe Krise, die die hasserfüllte Kampagne der Vertriebenenverbände in den deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Beziehungen angerichtet hat, zu einer grundlegenden Korrektur zu nutzen – zur Beendigung der jahrzehntelangen staatlichen Förderung der Vertriebenenverbände, der jahrzehntelangen Kumpanei der deutschen Politik mit diesen kaltherzigen, bis heute von Ewiggestrigen gelenkten Verbänden. Vielleicht wenden sich dann auch einige der deutschen „Prominenten“, die sich bisher für eine solches Zentrum aussprechen, endlich von diesen Verbänden und ihren Zielen ab. *rül* ■

Quellen: Die Zeit 339/2003, Tagesspiegel, 28.9.2003



Mit dem Thema „Globalisierung und Krieg“ beschäftigte sich der 6. Kongress der Informationsstelle Militarisierung (IMI) am Wochenende 22./23. November. Mit bis zu 120 BesucherInnen erfreute sich der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Kongress eines regen Zuspruches.

Tagungsbericht IMI-Kongress

„Globalisierung und Krieg“

Die verschiedenen ReferentInnen näherten sich dem Thema aus unterschiedlichen Perspektiven. Den Anfang machte Dr. Ulrich Brand, der in Grundstrukturen und Probleme der (neoliberalen) Globalisierung einführte. Brand bezeichnete die neoliberale Globalisierung als Strategie und Struktur. Ideen der neoliberalen Globalisierung seien schon in den 1950er Jahren formuliert worden, wirksam wurden diese allerdings erst in den 1970er Jahren, indem die damaligen wirtschaftlichen Krisen für die Einführung instrumentalisiert wurden. Neoliberale Globalisierung sei zugleich eine Struktur, und zwar nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern z.B. auch im kulturellen und militärischen Bereich. Die westlichen Staaten weiten das neoliberale Wirtschaftsmodell aus, das zur Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung führt(e) und in westlichen Staaten, aber auch insbesondere in der sog. „Dritten Welt“ auf zunehmenden Widerstand stößt. Diesen Protest ernst zu nehmen und zu unterstützen sei eine Hauptaufgaben, der globalisierungskritischen Bewegung und der Linken. Widerstand müsse deshalb an den Strukturen ansetzen.

● Militarisierung und Globalisierung

Anschließend beschäftigte sich Dr. Winfried Wolf mit dem Zusammenhang zwischen Militarisierung und Globalisierung. Entgegen vielfältiger Annahmen, so Wolf, seien die 200 weltweit größten Konzerne weiterhin eindeutig einer nationalstaatlichen Basis zuzuordnen, die sowohl unterstützend den Kampf um Absatzmärkte mit Konkurrenzunternehmen zur Aufgabe habe, aber auch die militärische Absicherung von Investitionen im Ausland. In diesem Kontext komme insbesondere zwei Phänomenen besondere Bedeutung zu: einmal Konzentrationsprozessen in der EU-Rüstungsindustrie als direkte Konkurrenz für den amerikanisch-(britischen) militärisch-industriellen Komplex und in diesem Zusammenhang das amerikanisch-britische Bestreben, ölreiche Regionen unter direkte Kontrolle zu bringen. Diese Prozesse seien primär unter dem Gesichtspunkt einer nationalstaatlichen Unterstützung verschiedener Konzerninteressen zu interpretieren. Transnationale Konzerne hätten fast immer einen „nationalen“ Standort und würden entsprechend agieren.

● Deutsche und EU-Interessen

Tobias Pflüger widmete sich dem Thema „Ein Platz an der Sonne – deutsche und EU-Interessen“. Zu Beginn schilderte er eine Reihe von Gesetzen, die die rot-grüne Bundesregierung im Militärbereich derzeit auf den Weg bringt, allerdings zuvor schon anwendet: Beispielsweise das „Parlamentsbeteiligungsgesetz“: Dieses habe im Kern das Ziel, dass nur noch reine Kampfeinsätze beim ersten Mal im Bundestag abgestimmt werden müssen, alle anderen und die Verlängerungen würden der parlamentarischen und damit vor allem öffentlichen Kontrolle entzogen. Zentral seien die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“, in denen für die Bundeswehr u.a. geregelt wird, dass die Bundeswehr „im Innern“ und „weltweit“ eingesetzt werden kann. Deutschland wird dort als Schlüsselstaat in der NATO und bei der Herausbildung der Militärmacht EU bezeichnet. Die neue EU-Verfassung sei im Wesentlichen eine Militärverfassung. So gibt es in der – auch in Zukunft für Deutschland verbindlichen – Verfassung („EU-Recht bricht deutsches Recht“) eine Aufrüstungsverpflichtung und die Festschreibung von weltweiten Kampfeinsätzen auch auf exterritorialem Gebiet.

● Deckmantel für neuen Kolonialismus

Der erste Kongresstag wurde mit einem Vortrag von Prof. Dr. Werner Ruf abgerundet. Er widmete sich der Frage, inwieweit der sogenannte „Kampf gegen den Terror“ lediglich als Deckmantel für einen „neuen Kolonialismus“ fungiere. Aufgrund offensichtlicher Unterschiede müsse man von einem „Kolonialismus neuen Typs“ sprechen, der nicht mehr primär auf eine direkte Kontrolle möglichst großer Landstriche abziele, sondern vielmehr auf eine gezielte Ausbeutung einiger weniger ökonomisch wichtiger Regionen – im Zeitalter der Globalisierung auch zunehmend unter Rückgriff auf private militärische Sicherheitsfirmen. Festzustellen sei aber, dass der Ausbeutungscharakter derselbe geblieben sei und der „Kampf gegen den Terror“ hierfür eine Legitimation liefere. Die Essenz dieses Prozesses bestehe in der endgültigen Aushebelung des Völkerrechts, die darauf hinauslaufe, dass westliche Interessen in immer stärkerem Maße militärisch durchgesetzt würden, was letztlich auf eine Rückkehr zum Faustrecht hinauslaufe.

● Globalisierung und Krieg

Den Morgen des zweiten Tages eröffnete Claudia Haydt, indem sie – ähnlich wie in dem jüngst vorgelegten Buch: „Globalisierung und Krieg“ – den Zusammenhang zwischen Globalisierung, Armut und Krieg aufzeigte. Erhellend für diesen – vielfach geleugneten – Zusammenhang sei eine neue Studie der Weltbank. Sie komme einmal zu dem Ergebnis, dass Armut als der bestimmende Faktor für das Ausbrechen und Eskalieren von Konflikten zu betrachten sei. Weiterhin kam die Weltbankstudie zu dem Schluss, dass nach Ausbruch eines Konfliktes Interventionen von ausländischen Staaten wenig zur Beilegung dieser Konflikte hätten beitragen können: „Die Ergebnisse waren enttäuschend.“ Im Gegenteil, nach militärischen Interventionen habe sich die Situation sehr häufig verschlechtert. Wenn also neoliberale Globalisierung zu einer massiven Verarmung weiter Teile der Weltbevölkerung führt und diese das Kriegsrisiko dramatisch erhöht, Interventionen westlicher Staaten zur Beilegung nichts beitragen können, sondern verschärfend wirken, aber dennoch durchgeführt werden, falls diese armutsbedingten Konflikte eigene Interessen gefährden, kann tatsächlich festgehalten werden: „Der Imperativ neoliberaler Globalisierung heißt Krieg“ oder die automatische Kehrseite neoliberaler Politik ist (Bereitschaft zu) Kriegsführung westlicher Staaten gegen Menschen im Süden.

● Typisch: der Kongo-Konflikt

Über den Kongo als Prototyp eines Globalisierungskonfliktes referierte Christoph Marischka. „Der Kongo-Konflikt ist in erster Linie das Ergebnis kapitalistischer Globalisierung“, so lautete das vernichtende Resümee des Referenten. Zu einem ähnlichen Ergebnis sei auch ein UN-Bericht über den Zusammenhang westlicher Konzerninteressen an der Ausbeutung kongolesischer Rohstoffe (Coltan u.a.) mit dem Bürgerkrieg im Kongo gekommen. Der Mechanismus, massiv Waffen in den Kongo zu liefern und im Gegenzug die Rohstoffe des Landes zu exportieren, trage maßgeblich zur Verlängerung des Bürgerkrieges bei, so der UN-Bericht. Offensichtlich werde dabei auch der Zusammenhang zwischen ökonomischen Interessen und militärischen Einsätzen. Die an dem EU-Einsatz (Artemis) beteiligten Länder seien auch diejenigen, deren Konzerne die größten Profite aus dem Rohstoffhandel zögen.

Dabei gehe es zudem noch darum, dass der Konflikt im Kongo der EU als Sprungbrett künftiger internationaler Einsätze dienen solle.

Als nächsten Termin, der für die Bewegungen in Deutschland von zentraler Bedeutung ist, wurden die Aktivitäten gegen die „Sicherheitskonferenz“ in München vor allem am 7./8. Februar in München genannt.

IMI Bericht ■
www.imi-online.de

Nazi-Verhüllung: Statt Verurteilung zu 2000 Euro jetzt in 2. Instanz Verfahrenseinstellung

Gut 300 Antifaschisten hatten sich vor einem Jahr knapp 30 Gegnern der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" nicht nur „entgegengestellt". Sie versuchten gewaltfrei, die anderen mit einem 90 m langen und 1 m hohen, ab Brusthöhe gehaltenen weißen Stoffband zu verhüllen, sie zumindest optisch „aus der Öffentlichkeit herauszunehmen". Nun stand erneut Günther Wimmer vor Gericht, der das Riesen-Tuch hingeschleppt und für möglichst wirksame Platzierung gesorgt hatte.

Nach einer eingehenden Berufungsverhandlung am 25.11., bei der sich die Zeugenaussagen jedoch als wenig ergiebig herausstellten, vertagte das Gericht, um die Rechtsfragen noch eingehender zu prüfen. Zudem sollte der polizeiliche Einsatzleiter als Zeuge geladen aussagen. Dazu kam es am 4.12. erst gar nicht, denn das Verfahren wurde unter der Auflage eingestellt, 400 EUR an Amnesty International zu überweisen. Der Angeklagte und sein Verteidiger Hartmut Wächtler gaben zu Protokoll dass mit der Annahme dieser Verfahrensbehandlung keinerlei Schuldeingeständnis verbunden ist. Der Vorsitzende Richter erklärte, das Ziel einer nicht verbotenen Versammlung, potentielle Interessenten mit ihren Botschaften zu erreichen, mit einem langen Tuch in Sichthöhe zu verhindern, sei eine „grobe" Störung des Versammlungsrechts und damit strafbar. Der Angeklagte habe aber keinerlei Ausflüchte versucht, die Aktion sei originell gewesen, es bedürfe keiner Verurteilung.

Beim ersten Berufungstermin war inhaltlich „gerungen" worden. Auf die Frage des Richters, ob der Angeklagte denn bei einer seiner Veranstaltungen von Gegnern „der Öffentlichkeit entzogen" werden wolle, hatte dieser geantwortet: „Nein, aber wenn ich für etwas werben würde, was eigentlich verboten ist, und selbst wenn die Polizei nichts dagegen tut, dürfte ich mich nicht wundern, wenn aufrechte Bürger mich mein Unwesen nicht weiter treiben lassen würden. Faschismus ist keine Meinung wie viele andere, sondern ein Verbrechen". „Heiß" war die Sache schon von daher, als jene zeitweise verhüllte „Mahnwache" genau von jenem Martin Wiese angemeldet war, der wegen geplanter Sprengstoffanschläge anIässlich der Grundsteinlegung der Synagoge am Jakobsplatz in Untersuchungshaft sitzt – was zeigt, dass die Warnungen der Nazi-Gegner sehr realistisch waren. Ebenfalls aus genau dieser Gruppe heraus war immerhin schon der Überfall in der Zenettistraße auf einen Griechen erfolgt, der nur überlebte, weil sich zwei Türken ihrerseits unter Lebensgefahr dazwischen warfen. Und wieder diese „Kameradschaft Süd" hatte am 14.10.02 hei einer Kundgebung gegen die damalige Ausstellung Verbrechen der Wehrmacht mit ihrem Haupttransparent gezeigt. dass sie eben nicht nur die in etlichen Einheiten der Wehrmacht verübten Verbrechen leugnen, sondern offen für den Nationalsozialismus werben: Mit ihrem Fronttransparent und den dort jeweils durchgestrichenen Wörtern „Nationalismus" und „Sozialismus" und dem als Erlösung angebotenen Wort „Nationalsozialismus" zeigten sie sich nicht nur unmissverständlich als Nazis. sondern machten sie verbotene Propaganda. Dass entgegen §86 Abs. 4 Strafgesetzbuch und sogar Art. 139 Grundgesetz sowie Art. 184 Bayerische Verfassung die Ordnungsbehörden einschließlich Staatsanwaltschaft dies als „nicht justizrelevant" erklärt hatten, erzürnte Wimmer besonders. Er erklärte, er bedauere, dass dies alles in diesem Verfahren nicht weiter „ausgefochten" werden konnte. Er sei aber kein „Prozesshansl". werde jedoch weiter politisch dafür zu arbeiten versuchen, dass der Schwur der 1945 in Buchenwald befreiten KZ-Häftlinge „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg" nicht vergessen wird.

Dr. Wolfgang Fischer
Münchner Friedensbündnis ■

Münchner CSU-Mitglied Fleissner an rechtsextremer Zeitung beteiligt

MÜNCHEN. Nach Berichten der Süddeutschen Zeitung ist das Münchner CSU-Mitglied Herbert Fleissner an der österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit" beteiligt. Dies Organ ist ein Bindeglied zwischen dem rechten Rand der österreichischen Regierungsparteien und der offen nationalsozialistischen Rechten. Diese Zeitung öffnet ihre Spalten für klar antisemitische und den Holocaust leugnende Artikel, wärmt z.B. das alte antisemitische Klischee von 'jüdischen Ritualmorden' auf, organisierte einen Kongress von rechten und rechtsextremen europäischen Parteien; ihr Herausgeber gibt der nazistischen deutschen „National-Zeitung" sympathisierende Interviews und schließt eine Zusammenarbeit mit der NPD nicht aus.

Der Vorsitzende der Münchner Grünen, Dr. Florian Roth, erklärt dazu: „Die Münchner CSU muss sich eindeutig von Antisemitismus und Rechtsextremismus abgrenzen. Wenn sie ein Mitglied in ihren Reihen behält, dessen Zeitung sich zum Sprachrohr dieser dumpfen Ideologien macht, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit als demokratische Kraft auf dem Boden unserer freiheitlichen Grundordnung. ... Die Münchner CSU-Vorsitzende Monika Hohlmeier scheint hier keinen Handlungsbedarf zu sehen und wie schon im Skandal um den Mitgliederkauf durch JU-Funktionäre einem skandalösen Treiben zu lange zuzuschauen. Sie sollte sich hier ein Vorbild an Frau Merkel nehmen und sofort und eindeutig handeln."

PM Bündnisgrüne
Rückfragen: Florian Roth,
www.florian-roth.com, drflorianroth@aol.com ■

Neuerscheinung

Friedrich Pospiech: Konservativ-Rechtsextreme Komplizenschaft oder: „Der Fall Dr. Staffa / Witikobund" (Ein „Politkrimi"). Das Buch passt direkt zu den Skandalen um CDU-Mann Martin Hohmann und General Reinhard Günzel. Den Hohmännern und Generalen á la Günzel gilt die Aufmerksamkeit. Aber wer kennt schon Dr. Staffa und den Witikobund? Dabei sind sie wie jene Spitzen der Eisberge rechtskonservativer oder rechtsextremer Gesinnung, die bis in die Mitte von CDU und CSU, aber auch von FDP und Bundeswehr, ja überhaupt in die Mitte der bundesdeutschen Gesellschaft reichen. Deshalb sind sie alle und viele andere, handelnde und behandelte Personen und Organisationen in diesem Buch. Leserinnen oder Leser erleben die personelle oder organisatorische Verflechtung zwischen dem Witikobund, dieser nationalistischen „Gesinnungs-" und Tatgemeinschaft in der ebenfalls rechtsextrem durchsetzten Sudetendeutschen Landsmannschaft, dem rechtsextremen „Deutschen Seminar", der von „Panorama „ als Teil der „Naziszene" bezeichneten „Gesellschaft für Freie Publizistik", mit NPD-Ideologen, Republikanern, der rechtsextrem dominierten „Deutschen Studiengemeinschaft", dem rechtskonservativen als CDU-Kaderschmiede geltenden Studienzentrum Weikersheim bis hin zu Martin Hohmann, etlichen Ex-Generalen der Bundeswehr und der rechtsextrem dominierten Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). *fh/efs* ■

ISBN 3-00-011183-2; 200 S. A4, Bilder u. Dokumente, Esslingen 2003.
Direktbezug: Frieda Hafenrichter, Eugen-Bolz-Straße 15, 73732 Esslingen, Fax 0711/ 370 29 93, eMail: FriedPospiech@ aol.com; Preis 15 € + 1,50 Porto/Verpackung



Die-In für Akakpo und Sama

MÜNCHEN. Am Freitag, 5.11., fand vor dem Münchner Kreisverwaltungsreferat eine Aktion der Karawane und befreundeter AktivistInnen gegen die Abschiebung von Akakpo Dossou und Sama Issa statt. Motto: Abscheibung nach Togo ist Mord – Bleiberecht für Akakpo und Sama!

Etwa 20 Leute legten sich als Leichen verkleidet – mit Kunstblut im Gesicht und auf dem T-Shirt – auf die Stufen des Kreisverwaltungsreferates, darüber thronten die „Schreibtischtäter". Die Aktion war optisch recht wirksam und stieß auf reges Interesse bei der anwesenden Presse. Leute von der Karawane, von togoischen Exilgruppen, sowie der Grünen-Stadtrat Benker gaben Interviews zur Lage in Togo und zur Situation togoischer Flüchtlinge, die von Abschiebung bedroht sind.

Gleichzeitig versuchten mehrere AktivistInnen, die Leiterin des Ausländerabteilung zur Rede zu stellen, die ließ aber durch ihre Vorzimmerdame abwimmeln, da sie grade in einem „wichtigen Dienstgespräch" war. Zugesagt wurde ein Gesprächstermin am kommenden Montag, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass „keine Presse" dabei ist – nun, zu viel Öffentlichkeit passt den Damen und Herren vom KVR offenbar schlecht in den Kram. Bleibt zu hoffen, dass die recht gut angelaufenen Aktivitäten zur Unterstützung von Akakpo und Sama Erfolg haben und genug Druck auf das KVR aufgebaut wird, um die Abschiebungen zu verhindern.

In diesem Sinne: Schickt Protestfaxe ans KVR, ruft dort an, lasst ihnen keine Ruhe! Akakpo und Sama bleiben hier!

Hintergrundberichte, Bilder und ein Muster für Protestschreiben finden sich unter: www.basicrights.de/munichres publica, Bayerischer Flüchtlingsrat, Pressemitteilung, 4.12.2003 ■

Menschenrechtsverletzung im Abschiebelager Fürth

FÜRTH. Der Flüchtling Viktor Gusselnikov wird trotz einer behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankung nicht aus dem „Ausreisezentrum" Fürth entlassen

Viktor Gusselnikov leidet unter einer psychischen Erkrankung, die bereits drei mal stationär behandelt werden musste. Am 27.8.2003 wurde er nach einer zweimonatigen, stationären, psychiatrischen Behandlung aus dem Bezirksklinikum Obermain in Kutzenberg entlassen und noch am selben Tag unter dem Vorwurf der „Identitätsverschleierung" ins Abschiebelager Fürth eingewiesen. V. Gusselnikov flüchtete als Angehöriger der russischen Minderheit in Estland 1992 nach Deutschland. Er war im Besitz eines sowjetischen Passes, der nach kurzer Zeit jedoch seine Gültigkeit verlor. Weder Russland noch Estland stellten ihm einen neuen Pass aus, da Gusselnikov aufgrund seiner Flucht nicht in der Lage war, die Kriterien eines der beiden UdSSR-Nachfolgestaaten für die Ausstellung eines neuen Passes zu erfüllen.

Wenige Tage nach der Einweisung Viktor Gusselnikovs in das Fürther Abschiebelager diagnostizierte eine neu hinzugezogene Nürnberger Fachärztin für Psychiatrie/Psychotherapie am 3.9.2003 eine „paranoide Psychose" aus dem schizophrenen Formenkreis die mit massiven Ängsten, Schlaflosigkeit, starker innerer Unruhe, Platzangst, Herzrasen und Muskelkrämpfen einherging. Dieses Attest erweiterte sie am 24.10.2003 um den Zusatz, „die körperliche und psychische Versorgung ist im Ausreiselager nicht ausreichend gesichert, sodass es zwingend erforderlich ist für Herrn Gusselnikov aus dem Lager herauszukommen". Doch der Leiter des Abschiebelagers bestand auf der Einweisung.

Nun ist das Befürchtete eingetreten, der aktuelle Gesundheitszustand von Viktor Gusselnikov ist mehr als besorgniserregend: Die diagnostizierte Psychose scheint sich zu verschlimmern. Er läuft getrieben von seiner innerer Unruhe stöhnend im Flur des Abschiebelagers auf und ab. Krankheitsbedingt hat er Schwierigkeiten in der Körperwahrnehmung und verwahrlost zusehends, was die anderen Flüchtlinge im Lager abschreckt. Diese daraus entstehenden Spannungen zwischen den Flüchtlingen im Lager hält Gusselnikov, beeinträchtigt durch ängstliche und paranoide Denkinhalte, kaum aus. Er braucht Unterstützung bei der körperlichen und psychischen Versorgung und eine Umgebung, die ihm Sicherheit gibt, wenn er eine Chance auf Genesung haben soll. Dies ist im „Ausreisezentrum" nicht gewährleistet. Auch die zweimonatigen Besuche bei seiner Nürnberger Psychiaterin, die ihm die notwendigen Medikamente verschreibt, reichen in dieser akuten Krankheitsphase nicht aus –in diesen Phasen haben Patienten keinen Überblick mehr, wann und wie Medikamente eingenommen werden müssen. Dabei sind die Medikamente für Herrn Gusselnikov lebenswichtig, da er bereits mehrmals mit akuter Selbstmordgefahr in das Bezirksklinikum Obermain eingewiesen werden musste. Deshalb scheint ein stationärer Klinikaufenthalt erneut unvermeidbar zu sein.

res publica und der Bayerische Flüchtlingsrat sehen im Verhalten der Regierung von Mittelfranken eine eindeutige Verletzung des Menschenrechts „eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit" vor, das die BRD mit dem „Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Artikel 12, Absatz 1)" ratifiziert hat.

gekürzt, mlb ■

Bei Rückfragen und Interviewwünschen wenden Sie sich bitte an Alexander Thal, Tel: 08141-290814 (Fr. 05.12.03, 10.00-16.00 Uhr)

Brandanschlag fordert zwei Todesopfer

KANDEL. Am 6. Dezember um 4.00 Uhr ist ein vermutlich fremdenfeindlich motivierter Brandanschlag auf einen Gebäudekomplex in Kandel (Südpfalz) verübt worden, in dem sich neben Ausländerwohnungen im Obergeschoss auch ein Internetcafé und eine türkische Gaststätte befinden. Bei dem Anschlag kamen zwei Menschen ums Leben.

Ein Brandsatz (vermutlich Molotow-Coktail) wurde durch ein Fenster im vorderen Bereich der Gaststätte geworfen, ein weiterer ins Treppenhaus zu den Wohnungen. Gleichzeitig gab es einen weiteren Brandanschlag auf einen Kebap-Laden gegenüber. Die Tat wurde jedoch frühzeitig von Mitarbeitern eines Brauhauses in unmittelbarer Nähe, die gerade Feierabend machen wollten und das Feuer sahen, entdeckt und gelöscht.

Der gesamte Gebäudekomplex ist durch das Feuer zerstört worden, er brannte total aus. Die früh informierte und angerückte Feuerwehr löschte bis zum Mittag des nächsten Tages. Der Dachstuhl ist eingebrochen, die Innenräume sind ausgebrannt.

Zwei Bewohner (Griechen, 22 und 23 Jahre) konnten sich nicht mehr retten und kamen in den Flammen um, 7 entkamen. Zwei weitere werden noch vermisst, befanden sich aber vermutlich nicht am Ort. Der (oder einer der) mutmaßliche(n) Täter wurde bereits verhaftet. Er wird der rechten Szene zugeordnet, verkehrte häufig mit ähnlich gesinn-

ten in einer weiteren Gaststätte in der Nähe. *http://de.indymedia.org* ■

Hilferuf des Flüchtlingsrats

Niedersachsen. Mit der Entscheidung des Haushaltsausschusses des niedersächsischen Landtags am 26.11., dem niedersächsischen Flüchtlingsrat die Landesförderung 2004 komplett zu streichen, setzt die Landesregierung offenbar auf eine Politik der Konfrontation und Ausgrenzung. Der Flüchtlingsrat befürchtet, dass Flüchtlinge und die sie unterstützenden Organisationen zukünftig ganz aus dem Bereich der öffentlichen Wahrnehmung herausgedrängt werden. „Offenbar ist es das Ziel dieser Politik, Flüchtlinge während der gesamten Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland zu isolieren und jegliche Hilfe und Unterstützung für Flüchtlinge durch die Bevölkerung zu unterbinden," so der Flüchtlingsratsvorsitzende Grehl-Schmidt zu der fragwürdigen Entscheidung der Koalition. *www.nds-fluerat.org*
Ralf Jürgens ■



Hannover, 6.12.03. Am 8.12.2000 hatte sich der 17-jährige Arumugasamy Subramaniam aus Angst vor der Abschiebung nach Sri Lanka im Abschiebeknast Langenhagen erhängt. Am 6.12.2003 demonstrierten 150 – 200 Menschen unter dem Haupttransparent „Abschiebungen und Abschiebeknäste abschaffen" in der Innenstadt und beim Abschiebegefängnis am Flughafen. Der Widerhall bei den Flüchtlingen, inhaftiert hinter Gittern und 4 m hohen Metallzäunen mit Nato-Draht, auf unsere Kundgebung war groß. Sie winkten aus vergitterten Fenstern und sprachen zu uns. *anr, fotos: ron* ■

Religiöse Vielfalt statt Zwangsemanzipation! –

Aufruf wider eine Lex Kopftuch

München. Die Stadträtin Brigitte Wolf (PDS) beantragte am 2.12.03, der Münchner Stadtrat möge sich dem folgenden Aufruf anschließen:

„Das Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat eine breite Diskussion ausgelöst. Bei allem Verständnis für diese Meinungsvielfalt sehen wir doch mit Sorge, welche Richtung diese Diskussion an vielen Stellen nimmt und wie Islam und Fundamentalismus oft undifferenziert gleichgesetzt werden. Letztendlich geht es bei der Debatte wiederum um die Frage, ob wir zu einem gleichberechtigten Miteinander der Religionen in unserer Einwanderungsgesellschaft bereit sind.

Sicherlich: Die Politisierung des Glaubens macht den Umgang mit dem Islam insgesamt und in Deutschland nicht einfach. Wir wissen um die demokratiefeindlichen, antisemitischen und frauenfeindlichen Strömungen im Islam, die nicht zu unserem Menschenbild und Verständnis von Emanzipation und Modernität passen. In Fragen der Werteordnung unserer Grundrechte gibt es keinen Spielraum. Wir alle verteidigen diese Rechte mit Entschiedenheit. Differenzen gibt es aber in der Frage, welches der bessere Weg ist.

Kopftuch, Schleier und Burka sind für islamische Fundamentalisten Instrumente zur Unterdrückung der Frau und unverzichtbare politische Symbole. Das Tuch auf dem Kopf einer Frau kann also ein politisches Symbol sein. Klar ist daher: Sollte eine Kopftuchträgerin in eben dieser Weise in einer Schule agieren wollen, ist sie für den Beruf der Lehrerin nicht geeignet. Diesen Frauen sollte und kann mit Hilfe der individuellen Eignungsprüfung und dem Disziplinarrecht Einhalt geboten und sie so vom Schulunterricht ferngehalten werden.

Wir wissen allerdings auch: Nicht jede muslimische Frau, die sich für das Kopftuch entscheidet, vertritt den politischen Islam oder sympathisiert mit ihm. Gerade Frauen in der Diaspora greifen auf das Kopftuch zurück, um mit Selbstbewusstsein ihr Anderssein zu markieren oder eine Differenz im Verständnis von Sittsamkeit und Tugendhaftigkeit gegenüber der Aufnahmegesellschaft zu dokumentieren. Emanzipation und Kopftuch sind für viele Musliminnen eben kein Widerspruch. Wenn wir ohne Prüfung der individuellen Motive generell Frauen mit Kopftuch vom öffentlichen Schulleben ausschließen, treffen wir gerade die Frauen, die mit ihrem Streben nach Berufstätigkeit einen emanzipatorischen Weg beschreiten wollen.

Da das Kopftuch ein geschlechtsspezifisches Merkmal ist, treffen wir zudem immer nur Frauen und nie den Mann – weder als Unterdrücker noch als politisch Agierenden. Um männliche islamische Fundamentalisten vom Schuldienst fernzuhalten, stehen uns die – wie wir finden auch für Frauen ausreichenden – Instrumente der individuellen Eignungsprüfung und des Disziplinarrechts zur Verfügung.

Es steht zu befürchten, dass das Verbot des Kopftuchs für Lehrerinnen die allgemeine gesellschaftliche Stigmatisierung derjenigen Frauen, die es tragen, vorantreibt. Mit der Botschaft, das Kopftuch sei per se politisch und gehöre daher verboten, wird diese Einordnung auch die Frau in der Arztpraxis, die Verkäuferin und vielleicht bald auch die Schülerin treffen. Dies kann nicht in unserem Sinne sein. Es gilt, muslimische Frauen auf ihrem Berufsweg zu stärken und es ihnen damit möglich zu machen, einen selbstbewussten, frei gewählten Lebensentwurf zu verfolgen.

(...)

Jenseits der Frage, ob man für eine striktere Säkularisierung der Institution Schule eintritt oder auch dort die religiöse Pluralität unserer Gesellschaft sichtbar werden lassen will, ist die Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften verfassungsrechtlich geboten. Eine unterschiedliche Behandlung islamischer Symbole gegenüber den christlichen und jüdischen ist integrationspolitisch äußerst problematisch, verstärkt Konflikte, statt sie zu reduzieren. Ein von einem generellen Verdachtsmoment abgeleitetes Kopftuchverbot, das zudem noch geschlechtsspezifisch wirkt, wäre eine religiös bedingte Diskriminierung mit praktischem Berufsausschluss.

Weil in vielen islamischen Ländern Frauen und Mädchen gezwungen werden, ein Kopftuch zu tragen, wollen wir sie zwingen, es abzusetzen. Fällt uns wirklich nichts Besseres ein, um ihnen zu mehr Bildung und Selbstbestimmung zu verhelfen? Oder wollen wir gar mit dem Kopftuchverbot alle religiösen Symbole in Bildungseinrichtungen verbieten?

Wir appellieren an Politik und Gesellschaft, die Gleichstellung von muslimischen Mädchen und Frauen nicht am Nein zum Kopftuch fest zu machen." ■

Neues Buch über die Gefährlichkeit esoterischen Gedankengutes:

Esoterik und Faschismus – geschnitzt aus ähnlichem Holz

von Thomas Klaus

Das Buch „Über alles in der Welt – Esoterik und Leitkultur", das jetzt Claudia Barth im Alibri-Verlag in Aschaffenburg veröffentlicht hat, ist nicht das erste, das sich erzkritisch mit dem Esoterik-Boom in der Bundesrepublik beschäftigt. Und es dürfte wohl auch nicht das letzte seiner „Gattung" sein. Schließlich erwirtschaftet die Esoterik-Szene in Deutschland jährlich rund 7,5 Milliarden Euro („Esoterik nimmt heute die Stellung einer Ersatz-Religion ein").

Der Buchhandel beispielsweise würde ohne esoterische Literatur ganz schön alt aussehen: 15 Prozent seines jährlichen Umsatzes werden in dieser Sparte erwirtschaftet. Und unter den am besten verkauften Büchern entstammt rund ein Viertel dem esoterischen Bereich.

Überraschend und erschreckend: Das Interesse für übersinnliche Praktiken ist in allen Bildungsschichten in annähernd gleichem Maße vorhanden. Als Beispiel erwähnt die Autorin eine Umfrage an der Ostberliner Universität Charité Anfang der neunziger Jahre. Demnach rechnet jeder fünfte Befragte damit, dass Erdstrahlen krank machen können. Und 61 Prozent der kanadischen Hochschulprofessoren halten – einer anderen Umfrage zufolge – Telepathie für glaubhaft. Knapp ein Drittel vertraut der Macht des Hellsehens, ein Viertel den „Erkenntnissen" der Astrologie.

Wie erwähnt: „Über alles in der Welt" ist nicht das erste Esoterik-kritische Werk. Aber es kann als eines der eher seltenen Bücher betrachtet werden, in denen es tatsächlich allgemein verständlich zu „einer Einführung in die Kritik irrationaler Welterklärungen" (so der Untertitel) kommt.

Dabei profitiert die 31-jährige Autorin vermutlich davon, dass sie in der politischen Jugendbildung aktiv ist und nicht in einem wissenschaftlichen Lehrbetrieb wirkt. Sie setzt viele auflockernde Kästen ein und bemüht sich um zahlreiche weitere gliedernde Elemente wie Bilder und Zwischenüberschriften.

Menschen als „Schädlinge"

Claudia Barth betont in ihrem 206-seitigen Buch, dass es sich bei der Esoterik um keine harmlose Privatangelegenheit handelt. In diesen Theorien steckt nämlich eine enorme politische Brisanz. Denn: „Das Wesen des Faschismus kann keinesfalls aus esoterischen Gedanken heraus erklärt werden. Deutlich muss jedoch die Kompatibilität esoterischen Gedankenguts mit faschistischer Ideologie herausgearbeitet werden."

Und entsprechende Überschneidungen, Übereinstimmungen und Vereinbarkeiten stellt die Verfasserin anhand verschiedener tragender Säulen der Esoterik fest.

Intensiv setzt sich Claudia Barth unter anderem mit dem Treiben von Fritjof Capra auseinander. Der gilt seit seinem Buch „Wendezeit" als berühmtester New-Age-Vordenker. Sein selbst erklärtes Ziel ist es – so ein Zitat aus „Wendezeit" –, „sich vollständig aller Ich-Empfindungen zu entledigen und in mystischer Erfahrung mit der Totalität des Kosmos zu verschmelzen". Sobald ein solcher Zustand erreicht sei, behauptet Capra, scheine die Frage nach dem freien Willen ihre Bedeutung zu verlieren. Tiere, unter die bei Capra auch die Menschen fallen, könnten zu „Schädlingen" werden, die das Gleichgewicht eines Systems bedrohten - weil sie sich nicht in die vorgeschriebene Wechselwirkung einfügten. Diese „Schädlinge" müssten getilgt werden.

Claudia Barth hält dagegen: „Der freie Wille, die freie Verstandes- und Entscheidungsfähigkeit jedes Menschen sind Grundannahmen der Aufklärung und demokratisch verfasster Gesellschaften. Für Capra sind sie unnatürliche Ausformungen moderner westlicher Zivilisation." Und weiter: „Unter dem Schlagwort der Ganzheitlichkeit wird der Mensch seines Verstandes und seiner individuellen Freiheit beraubt. Er wird dazu angehalten, seine Lebenslage als gottgewollt, kosmisch vorgeschrieben hinzunehmen."

Schicksal lässt alle handeln

Auch dem esoterischen Gedankengut von Bert Hellinger rückt Claudia Barth kräftig auf die Pelle. Der ehemalige Missionar wird heutzutage als Koryphäe der „systemischen Familientherapie" angesehen. Seine Bücher finden reißenden Absatz; seine Theorien werden an Hochschulen gelehrt.

Als obersten Richtwert der menschlichen Existenz definiert Hellinger die Sippenzugehörigkeit. Gesellschaftliche Wertvorstellungen von Gut und Böse seien für das menschliche Handeln hinfällig. Stattdessen gebe das Bestreben nach Loyalität zur Sippe den Ausschlag.

Dieses totalitäre Menschenbild bietet auch manche Anknüpfungspunkte für eine Betrachtungsweise, die ohne weiteres den Stempel „Verharmlosung der nationalsozialistischen Massenmorde" verdienen.

So äußert sich Bert Hellinger in dem 1996 gemeinsam mit Gabriele ten Hövel publizierten Buch „Anerkennen, was ist" zu der Schuld-Frage von Nazi-Verbrechern: „Auf der Ebene von Da muss man doch was machen, das darf doch nicht mehr passieren herrscht die Vorstellung, als hätten die Täter selbstbestimmt gehandelt. Also: Dieser Betrunkene hat das gemacht, oder Eichmann hat die Judenvernichtung organisiert. Ich gehe da auf eine andere Ebene. Ich sehe sie alle auf einer Ebene von Schicksal, das alle handeln (...) lässt. Jeder ist ausgeliefert." Es sei „unlauter", wenn Menschen, die nicht unmittelbar selbst von den Nationalsozialisten drangsaliert wurden, heute für die Opfer Partei ergriffen. Das Aufarbeiten der Vergangenheit gelänge nur, „wenn man sich neben die Opfer stellt und mit ihnen weint, ohne die Täter anzugreifen".

Vorreiterrolle bei der Nazi-Verharmlosung

Auf eine Reinwaschung laufen auch Aussagen Hellingers von dessen Homepage hinaus, die Claudia Barth zitiert: „Es ist für mich auch ganz klar, wenn man auf unsere Soldaten vom letzten Krieg schaut, dass die Soldaten schon Helden waren. Was sie in diesem Krieg an Heldenmut geleistet haben in oft verzweifelten Situationen und mit letztem Einsatz, das war schon überragend. Dass das jetzt alles verteufelt wird, schwächt unsere Generation."

Der Kommentar von Claudia Barth: „Die esoterische Bewegung hat Positionen, welche bis vor zehn Jahren als rechtsaußen galten, zu breiter Akzeptanz verholfen. Insbesondere in der Verharmlosung der Verbrechen des deutschen Faschismus ist ihr eine Vorreiterrolle zuzurechnen."

Neben Capra und Hellinger analysiert die Autorin des Buches „Über alles in der Welt" schwerpunktmäßig auch die geschichtlichen Hintergründe der Esoterik sowie die Denkweisen der Anthroposophie um Rudolf Steiner, der „Regenbogen-Allianz" von Rudolf Bahro und das – ebenfalls nicht unproblematische – Gedankengebäude des Dalai Lama.

Das Fazit von Claudia Barth: „Die Esoterik bietet die individuelle Möglichkeit, sich von der Masse der Menschen abzusetzen, sich selbst als Wissenden zu erhöhen, sich aber gleichzeitig der persönlichen Verantwortung zu entledigen. Ihre Anhänger werden dazu angehalten, alle Ereignisse der Welt, insbesondere soziale Ungerechtigkeiten und Rassismus, als richtig zu akzeptieren. In dieser Weise wirkt der esoterische Irrationalismus systemstützend."

Claudia Barth, Über alles in der Welt – Esoterik und Leitkultur – eine Einführung in die Kritik irrationaler Welterklärungen, Alibri-Verlag, 2003, 206 Seiten, 13 Euro, ISBN 3-932710-36-3

Vom freundlichen Gesicht der Diktatur

Neues Buch über die große Bedeutung von Film und Kino im Nationalsozialismus

von Thomas Klaus

Der Film „Die Feuerzangenbowle" mit Heinz Rühmann in der Hauptrolle hat Jahrzehnte nach seiner Uraufführung 1944 einen Kultstatus erreicht. Vor allem von jungen Menschen wird er – bevorzugt in der Weihnachts- und Silvester-Zeit – geradezu „aufgesogen". Doch ist „Die Feuerzangenbowle" tatsächlich so harmlos wie ihr Ruf – und kann man den Schauspieler Heinz Rühmann auch in seinen während der Nazi-Zeit gedrehten Filmen wirklich ohne einen Anflug von Distanz genießen? Nach Lektüre des Buches „Ein Volk, ein Reich, ein Kino – Lichtspiel in der braunen Provinz – " sind daran große Zweifel angebracht.

Für diese kritische Betrachtung des Films und Kinos in der Nazi-Zeit sorgt Autor Dr. Bernd Kleinhans. Der Historiker und Philosoph belegt auf 230 Seiten, dass die bewegten Bilder innerhalb des Propagandakonzeptes der Nationalsozialisten eine Schlüsselrolle einnahmen. Die Nazis hatten frühzeitig erkannt, dass der Film als ein besonders wirksames Instrument der Massenbeeinflussung taugt. Kleinhans stellt fest: „Kein anderer Kulturbereich wurde derart gefördert und bis in die letzten Tage der Diktatur aufrecht erhalten. Als wegen der Kriegsbelastungen Bühnen und Theater geschlossen, Tanzveranstaltungen und andere Vergnügungen verboten waren, als wegen Papiermangel selbst viele Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen einstellten, lief die Filmindustrie noch immer auf Hochtouren und drehte Monumentalfilme mit Zehntausenden Statisten."

Während der Nazi-Zeit wurden insgesamt 1.086 deutsche Spielfilme zugelassen und auch aufgeführt. Ferner wurden bis 1942 rund 350 Sach- und Kulturfilme produziert, die aufgrund ihrer Länge auch für das Hauptprogramm in den Kinos geeignet waren. Bereits 1925 hatte NSDAP-Dogmatiker Alfred Rosenberg in seiner damaligen Funktion als Hauptschriftleiter des „Völkischen Beobachters" doziert: „Man muss sich darüber im klaren sein, dass durch die Erfindung des Kinos in des Menschen Hand ein Werkzeug gelegt ist, das zielbewusst benützt, Millionen Herzen nach einer Richtung hin schlagen lassen kann."

Der Unterhaltungsfilm als ein „Erziehungsmittel"

Die große quantitative und qualitative Bedeutung, die der Filmwirtschaft und den Kinounternehmern zugebilligt wurde, ist eng mit dem Namen des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels verbunden, der als Chef der Reichskulturkammer das gesamte deutsche Kulturleben beherrschte. Sein Ziel war es Kleinhans zufolge, dass sich im Kinosaal schichtenübergreifend eine einzige große Volksgemeinschaft verwirklichen sollte – „vor denselben Bildern, ergriffen von den gleichen Emotionen und einheitlich gesteuert vom Propagandaministerium". In der Praxis klappte das allerdings wohl nicht so, wie sich das Goebbels vorgestellt hatte. Denn nach den von Kleinhans skizzierten Forschungsergebnissen wurde die Arbeiterschicht nur eingeschränkt vom Filmangebot angesprochen und war im Publikum der Kinos unterrepräsentiert. Auffallend niedrige Besucherfrequenzen wiesen die Städte mit einem hohen Anteil an Industriearbeitern auf.

Durch Film und Kino sollte gewährleistet sein, dass der lange propagandistische Arm des Nazi-Regimes nicht allein Berlin abdecken, sondern auch das flache Land ergreifen würde. Kleinhans: „Das NS-Regime war darauf angewiesen, ständig und überall Präsenz zu zeigen. Der Film bot dafür die besten Voraussetzungen."

Und Goebbels – wegen seiner Affären mit Filmschauspielerinnen „Bock von Babelsberg" genannt – tat alles, um diese Voraussetzungen im Sinne der braunen Ideologie zu nutzen. So entschied er - zunehmend willkürlich und allein über Filmverbote und Zulassungen. Er ließ Drehbücher umarbeiten und veränderte ganze Filmszenen, ging auf Talentsuche und erstellte nicht selten komplette Besetzungslisten für Filme.



Anscheinend hatte Joseph Goebbels für Heinz Rühmann besonders viel übrig. 1941 bekannte der Nazi-Minister: „In einer Zeit, in der der gesamten Nation so schwere Lasten und Sorgen aufgebürdet werden, ist auch die Unterhaltung staatspolitisch von besonderem Wert." Der Unterhaltungsfilm sei gleichermaßen „ein Erziehungsmittel".

Mit-Erzieher Heinz Rühmann war häufig privat bei Goebbels zu Gast und ließ sich vom Regime auch als Propagandist missbrauchen, zum Beispiel als Kurierflieger der Wehrmacht in der NS-Wochenschau und als Geldsammler für das „Winterhilfswerk". 1940 wurde Heinz Rühmann, der sich 1938 von seiner jüdischen Ehefrau Maria scheiden ließ, zum „Staatsschauspieler" ernannt. Regisseur vieler Rühmann-Filme war Carl Froelich, Mitglied der NSDAP und „Reichskultursenator". 1937 wurde Froelich von Hitler zum Professor und zwei Jahre später von Goebbels zum Präsidenten der Reichsfilmkammer gekürt. Die Reichsfilmkammer organisierte unter anderem sämtliche Kinobetreiber. Für eine Tätigkeit als Kinounternehmer war die Mitgliedschaft in der Reichsfilmkammer zwingend erforderlich. Allerdings musste diese beantragt werden; sie konnte zum Beispiel bei politischer Zuverlässigkeit verweigert werden.

Heinz Rühmann und seine oft von Carl Froelich auf den Weg gebrachten Komödien präsentierten „ein beinahe freundliches Gesicht der Diktatur", legt Bernd Kleinhans in seinem Buch dar. Hintergrund: Die Rühmann-Figuren hatten nichts von der unerreichbaren Aura der großen Ufa-Stars, wie etwa Hans Albers. Deshalb waren sie ideal dafür geeignet, „die Unzufriedenheiten der durchschnittlichen Volksgenossen glaubwürdig zum Ausdruck zu bringen, um sie dann in einer regimekonformen Weise aufzulösen". Genau das passiert auch in „Die Feuerzangenbowle", so der Autor. Der Film zeigt nämlich die übliche Schleife eines aufmüpfigen Ausbrechens aus dem gewohnten Leben und das anschließende Zurückkehren in den alten, aber nun als befriedigend empfundenen Zustand.

→

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Hohmann und kein Ende

Junge Freiheit Nr. 50 vom 5. Dez. 2003

Auch durch diese Ausgabe zieht sich die Auseinandersetzung in den Unionsparteien mit und um den Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann durch diverse Artikel. *Dieter Stein* kommentiert kryptisch: „Es darf aber bezweifelt werden, ob es nicht anhaltendes Nachbeben zur Hohmann-Kampagne geben wird. So vergesslich sind die Menschen dann doch wieder nicht ... Es wird zu tektonischen Verschiebungen auch über die CDU/CSU hinaus kommen. Trotzdem ist es denkbar, dass dieses Unsolidarische, ja Asoziale, wie der ‚Fall Hohmann' abgehandelt worden ist, den Unionsparteien kurzfristig politisch nicht schadet." Manuel Ochsenreiter führt zwei Interviews mit Unterzeichnern des Solidaritätsaufrufs mit Hohmann, mit *Axel Raisch*, CDU-Ortsvereinsvorsitzender in Eislingen und erklärter Schwulengegner, und *Helmut Rülke*, von 1967 bis 1969 Pressesprecher der CSU im Bundestag. Der erklärt: „Ohne Übertreibung kann ich sagen, dass ich nach Bekannt werden der Rede mit über 50 Leuten – übrigens allesamt frühere höhere Beamte und Akademiker – gesprochen habe. Alle teilen meine Auffassung. Alle sagen: ‚Solche Aussagen muss die Union verkraften.' Außerdem enthält die Rede Martin Hohmanns nicht einmal ein antisemitisches Komma." Rülke teilt außerdem mit, schließlich habe auch Gebhard Braun, ehemals Referent von Ludwig Erhard, den Aufruf unterschrieben.

Gegen die Europäische Verfassung

Junge Freiheit Nr. 51 vom 12. Dez. 2003

Alain de Benoist erläutert den Standpunkt der neuen Rechten zum Verfassungsentwurf – er lehnt ihn nicht grundsätzlich ab, sondern wirft dem Entwurf vor allem mangelnde Volksnähe und zuwenig gemeinsame Werte vor: „Der Textentwurf macht einen ‚gemeinsamen Markt', auf dem ein ‚freier, unverfälschter Wettbewerb' stattfindet zum zentralen Ziel und höchsten Wert der Europäischen Union. Die Europäische Zentralbank erhält die wesentliche Funktion, die Preise stabil zu halten. Den Bürgern oder den Staaten wird keinerlei Einfluss auf die Währungspolitik zugestanden. Das Ziel einer unbedingten Handelsfreiheit wird so über alle anderen Zwecke gesetzt ... Noch ist nicht abzusehen, welche Zugeständnisse noch in den endgültigen Text Eingang finden werden. Fest steht jedoch eins: Wenn Staaten wie Polen und Spanien auf ihrem Standpunkt beharren, wird genau jenes Europa entstehen, das die USA sich wünschen – ein Europa nämlich, das sich selber zu lähmender Ohnmacht verdammt hat." *uld* ■

Fortsetzung von Seite 15

Außerdem solle die Illusion von der Nachholbarkeit der verlorenen Jugend geweckt werden.

Goebbels schrieb sogar Filmszenen um

Bei der Kontrolle von Kino und Film setzte Goebbels nicht nur auf den Gehorsam oder die weltanschaulich begründete Unterstützung durch Schauspieler, Regisseure und anderer Protagonisten der Filmwirtschaft. Er führte darüber hinaus eine Vorzensur für alle Filmprojekte ein. Demnach mussten Stoffpläne und Drehbücher bereits vor Drehbeginn beim Reichsfilmdramaturgen vorgelegt und genehmigt werden. Erst nach dieser Freigabe konnte überhaupt mit der Arbeit zu einem Film begonnen werden. Das Prädikat „staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll" war das höchste, das die Zensurbehörden der Nazis für einen Film vergeben konnten. Diese Auszeichnung ging unter anderem an die Komödie „Wenn wir alle Engel wären", in der Heinz Rühmann die Hauptrolle spielt.

Neben den Zensurmaßnahmen griffen zahlreiche Verordnungen und Anweisungen der Reichsfilmkammer in allen Einzelheiten in den Kinobetrieb ein. Kleinhans schildert: „Von Jahr zu Jahr wuchs das Dickicht an einengenden Vorschriften, die in ihrer Summe nur ein Ziel hatten: Die Vielfalt der einzelnen Kinos im Reich zu einem zentral gelenkten Propagandaapparat gleichzuschalten. In ihrer Verordnungsbefugnis hatte die Reichsfilmkammer dabei keinerlei Einschränkungen."

Unter anderem legte die Reichsfilmkammer fest, dass prädikatisierte Filme wie etwa „Wenn wir alle Engel wären" von lokalen Monopolkinos grundsätzlich nicht abgelehnt werden durften. Sie bestimmte jedoch zum Beispiel auch, mit welchen Pressetexten und Aushängen Filme zu bewerben waren, wo die gedruckten Kinoprogramme im Kinobereich ausgelegt und wie Lebensmittel, Süßigkeiten und andere Waren verkauft werden sollten.

Als weiteres Machtmittel nutzte Joseph Goebbels den wirtschaftlichen Druck. 1935 war der Anteil aller geförderten Filme der deutschen Produktion schon auf stattliche 70 Prozent geklettert. Konkret bedeutete das in den Worten von Bernd Kleinhans: „Durch die starke Abhängigkeit der Filmproduktion von staatlichen Geldern war den Konzernen die Autonomie über die Produktionsentscheidung nicht nur durch die Zensur, sondern auch von ökonomischer Seite eingeschränkt." Diese Politik war von Erfolg gekrönt: 1942 wurde aus der Ufa die Ufa-Film GmbH, ein riesiger staatlicher Filmkonzern mit dem Status eines Monopolisten. Und die zahlreichen einzelnen Filmverleihgesellschaften bekamen das Dach der Deutschen Filmvertriebs GmbH verpasst. Goebbels war seinem Ziel deutlich näher gerückt, die deutsche Filmwirtschaft zu einem Staatskonzern unter seiner Regie zusammenzufassen.

Bernd Kleinhans, Ein Volk, ein Reich, ein Kino – Lichtspiel in der braunen Provinz – , 230 Seiten, PapyRossa-Verlag, 2003, 14,95 Euro, ISBN 3-89438-262-7.